IF 3|22

ZEITSCHRIFT FÜR
INNERE FÜHRUNG

Feldzug
Putins Kampf gegen
die Freiheit

Zeitenwende
Verteidigung unserer Werte
mit unseren Partnern

Preußenschlag
Abgesang an die
Demokratie

BUNDESWEHR

LESERUMFRAGE

Die große Leserumfrage zur IF

Was gefällt Ihnen? Was könnte besser werden? Was würden Sie gerne lesen?

Die „IF – Zeitschrift für Innere Führung" ist die Fachzeitschrift für das Selbstverständnis und die Führungskultur der Bundeswehr, die überdies Beiträge zur historischen, politischen und ethischen Bildung anbietet sowie Texte zu Fragen der deutschen, europäischen und internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beinhaltet.

Um noch besser zu werden, möchten wir wissen, was Sie über die IF denken. Als Dankeschön für Ihre Teilnahme verlosen wir drei ETHIXX-Lernspiele.

Jetzt scannen, mitmachen und gewinnen.

QR-Code scannen oder:
www.bit.ly/ifleserumfrage

Wir freuen uns auf Ihr Feedback bis zum 30. August 2022.

Sinn und Legitimität des Dienens

Titelseite, Collage: Stephan Maria Glöckner
Seite 3, Foto: Bundeswehr/Franziska Hunold

Das Titelbild dieser Ausgabe der IF stammt aus der Werkstatt des rheinland-pfälzischen Künstlers, Musikers und Grafikers Stephan Maria Glöckner, der 2021 anlässlich des fünfundsechzigjährigen Bestehens des ZInFü zentrale Begriffe militärischen Führens und der Inneren Führung bildlich interpretiert hat.

Titelkunstwerk Einsatzbereitschaft

Erfahren Sie mehr über die Kunstwerke von Stephan Maria Glöckner und ihren Zusammenhang mit der Inneren Führung.

Neben anderen Begriffen fiel vor einem Jahr die Wahl auf Einsatzbereitschaft, weil es ein wesentliches Ziel der Inneren Führung ist, den Sinn und die Legitimität des soldatischen Dienstes zu vermitteln. Soldaten, die wissen, wofür sie kämpfen und welche Werte sie verteidigen, sind einsatzbereite Soldaten. Der 24. Februar dieses Jahres hat die Aktualität und besondere Bedeutung dieses Begriffs umso mehr bestätigt.

Innere Führung und Einsatzbereitschaft sind untrennbar. Ja, Einsatzbereitschaft gehört zum Kern der Inneren Führung. Ohne einsatzbereit zu sein, wären Streitkräfte sinnlos. Einsatzbereitschaft bezieht sich auf den Ernstfall – und der herausforderndste Ernstfall für Streitkräfte ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Die Erfüllung dieses Verteidigungsauftrages ist seine verfassungsmäßige Zweckbestimmung und damit für die Streitkräfte ein Wert an sich. Einsatzbereitschaft dient daher vor allem der Verteidigungsfähigkeit.

Mit der durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten „Zeitenwende“ steht die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Fokus. Innere Führung leistet einen wesentlichen Beitrag dazu. Die Themen „Dienen wofür?“ und „Verteidigung unserer Werte“ sind in diesem Kontext jetzt von herausragender Wichtigkeit. Und das ZInFü unterstützt und entlastet die verantwortlichen Vorgesetzten in der Truppe durch umfangreiche Informationen, Hintergründe und Materialien, unter anderem exklusiv zum Krieg in der Ukraine, um dementsprechende Unterrichte vorbereiten und durchführen zu können. So beispielsweise durch das neugestaltete und im Intranet der Bundeswehr leichter zugängliche Portal Innere Führung. Aber auch die Trainings- und Seminarangebote am Haus in Koblenz sind noch stärker auf Einsatzbereitschaft ausgerichtet. Ferner steht mit dem mobilen Trainingsteam ein Angebot zur Unterstützung politisch-historischer Bildung vor Ort bereit, das nach Absprache zielgerichtet angefordert werden kann. Und schließlich bietet die vorliegende Ausgabe der IF viel Lesens- und Wissenswertes zum Thema.

Ich wünsche eine interessante Lektüre und wertvolle Gedankenanstöße zur Einsatzbereitschaft.

Karl Georg Habel

Oberst i.G.,
Chef des Stabes ZInFü

Titelthema Einsatzbereitschaft und Innere Führung

Björn F. Schulz
8 Entschlossen für Recht und Freiheit kämpfen

Thomas Hitschler
10 Wofür kämpfst Du?
Moral und Verantwortung im Krieg

Brigadegeneral Jens Arlt im Interview mit Stefanie Kullick
16 Einsatzbereitschaft
Erfordert Risiko und Vertrauen

Axel Woile
22 Im Einsatz
Eine Spurensuche

Gesellschaft

Frank Mouritz
30 Sanktionen und Krieg
Wie schwer trifft der wirtschaftliche Boykott Russland?

Welt & Partner

Sven Bernhard Gareis
38 Chinas weltpolitischer Kurs
Die neuen Herausforderungen Xi Jinpings

Aschot Manutscharjan
46 Putins falscher Feldzug
Die sicherheitspolitische Diskussion in Russland

46

Geschichte

Peter Popp

54 Der andere 20. Juli

Wie Deutschland mit dem Preußenschlag 1932 die Demokratie demontierte

54

Keine IF bekommen?
Einheiten, Verbände und Dienststellen wenden sich bitte an ihre Poststelle/zuständige Dienstvorschriftenstelle und fordern zusätzliche Exemplare an.

Sie können die IF auch unter **www.innerefuehrung.de** als PDF downloaden.

Rubriken

Essay

Rainer L. Glatz

62 Die Zeitenwende

Von der Einsatzarmee zur Landes- und Bündnisverteidigung

Zahlen & Fakten

Dirk Freudenberg

66 Auch die Zivile Verteidigung muss umdenken

Gerda Hasselfeldt

Richtungswechsel im Bevölkerungsschutz

Mediale

68 Buch- und Kulturtipps

71 Impressum

72 Schlaglicht

74 **Aufgeschlagen**

Am 17. Juli 1932

Altonaer Blutsonntag

Seite 4, Fotos: Bundeswehr/Marco Dorow, Bundeswehr/Axel Woile
Seite 5, Fotos: imago images/ZUMA Wire/Mateusz Slodkowski, Deutsches Historisches Museum

Dinge
ändern
sich

Einsatz-bereitschaft

Vertrauen, Motivation und Verantwortung mit Innerer Führung

Collage: Stephan Maria Glöckner

Titelthema

Entschlossen für Recht und Freiheit kämpfen

Auf Grundlage des gesellschaftlichen Vertrauens

Bin ich als Soldat bereit und in der Lage alles einzusetzen? Und haben wir die Ausbildung, das Personal und Material sowie die gesellschaftliche Rückendeckung, um für den Einsatz im Krieg bereit zu sein?

von Björn F. Schulz

Ich fange bei mir selber an und muss die Frage nach der persönlichen Einsatzbereitschaft beantworten: Weiß und kann ich, was meine Aufgabe erfordert, bin ich in Geist, Körper und Seele robust, habe ich meine Ausrüstung in Schuss, tue ich, was von mir verlangt wird oder setze ich gar neue Impulse, unterstütze ich Kameraden, damit diese besser werden? Kann ich noch gut genug schießen und mich zweckmäßig auf dem Gefechtsfeld bewegen? Darauf, dass wir individuell tüchtig sind und bereit dazu, unser Leben einzusetzen, verlassen sich zurecht Staat und Bürger.

Für das Team – die Einheit, den Verband oder Großverband – sind wir verpflichtet das Notwendige und Richtige zu tun. Was aber ist das Richtige? Es muss sich dem Ziel unterwerfen, einsatzbereite Kräfte aufzustellen und bereitzuhalten sowie daran Ausbildung und Übung auszurichten. Eingebettet sind die praktischen und taktischen Fähigkeiten in Legitimation und Legalität, wofür und wie wir dienen. Dass wir werteorientiert erziehen, das Richtige ausbilden und gut führen, darauf müssen sich jeder einzelne Soldat und die Gesellschaft verlassen können. Nur so halten wir als Führer und Geführte Entscheidungen über Leben und Tod aus.

Die Landes- und Bündnisverteidigung ist Verfassungsauftrag der Bundeswehr, dafür ist sie aufgestellt. Der gesellschaftliche Konsens war und ist in Deutschland zu jeder Zeit in einer – zuweilen schweigenden – Mehrheit der Bevölkerung vorhanden. Dessen müssen sich Soldaten wie auch politische Entscheidungsträger bewusst sein. Unsere Entschlossenheit zur Umsetzung unseres Auftrages müssen wir daraus schöpfen aber auch aus dem Wissen, für das Gute (Freiheit, Demokratie, Recht, Wohlfahrt) wehrhaft zu sein. Doch nur das abstrakte Ziel genügt nicht. Welche strategischen Ziele hat Deutschland und wie wollen wir diese erreichen? Ehrlich Interessen zu formulieren, zu operationalisieren und diese auch nachdrücklich zu verfolgen, ist unverzichtbar. Diese Interessen verteidigen zu können, erfordert Wehrhaftigkeit. Ein wesentlicher Teil der Wehrhaftigkeit ist Aufgabe der Bundeswehr. Um diesen sehr anspruchsvollen Auftrag erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr dauerhaft immaterielle und materielle Unterstützung. Darauf verlassen wir Soldaten uns. So sind wir einsatzbereit.

Brigadegeneral Björn F. Schulz
ist Kommandeur der Panzertruppenschule in Munster.

Dass wir werteorientiert erziehen, das Richtige ausbilden und gut führen, darauf müssen sich jeder einzelne Soldat und die Gesellschaft verlassen können.

Foto: Bundeswehr/Katrin Hanske

Wofür kämpfst Du?

Moral und Verantwortung im Krieg

Staatsbürger in Uniform kämpfen für ihre Kameraden und Kameradinnen, für ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Ihre Motivation ist ein Leben in Freiheit und Würde. In einer liberalen Gesellschaft funktionieren Streitkräfte nur auf Basis innerer Überzeugung.

von Thomas Hitschler

Wir alle sind Zeugen des völkerrechtswidrigen, menschenverachtenden und mit nichts zu rechtfertigenden von Russland ausgehenden Angriffskriegs gegen die Ukraine. Diese russische Aggression hat die europäische Friedensordnung und unser gemeinsames Verständnis von Sicherheit nachhaltig verändert. Bundeskanzler Olaf Scholz hat deshalb in seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 eine „Zeitenwende" in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verkündet. Anfangs war es die Einschätzung vieler Sicherheitsexperten, dass der Angriff der zahlenmäßig und auch waffentechnisch überlegenen russischen Armee innerhalb weniger Tage zu einer militärischen Niederlage und Kapitulation der Ukraine führen würde. Auch die russische Operationsführung war zunächst auf dieses Kalkül ausgerichtet. Inzwischen wissen wir, dass dies eine Fehleinschätzung war. Die ukrainische Armee leistet beeindruckenden und nachhaltigen Widerstand. Angesichts des einem Vernichtungsfeldzugs gleichkommenden Vorgehens der russischen Armee in der Ukraine stellen sich zwangsläufig Fragen nach Moral und Verantwortung sowie nach militärischer Führung. Die Bilder von zivilen Opfern und zerstörten Wohnhäusern sowie die zahlreichen Hinweise auf Kriegsverbrechen wie Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Plünderungen rücken die russischen Streitkräfte in der Ukraine in ein finsteres Licht. Die systemischen Defizite, etwa in der Menschenführung und im Umgang insbesondere mit Wehrpflichtigen, waren schon vor dem Krieg in der Ukraine bekannt. Das brutale Vorgehen russischer Einheiten konnte man bereits in früheren Kriegen in Tschetschenien oder zuletzt in Syrien beobachten. Dies allein kann aber kein Erklärungsmuster für enthemmtes und scheinbar grenzenloses Verhalten von Teilen russischer Steitkräfte sein. Es muss auch einen Zusammenhang mit der militärischen Führung geben, die solches Fehlverhalten entweder nicht zu kontrollieren vermag, es toleriert oder sogar bewusst als Mittel zur Kriegsführung befiehlt.

Tapferkeit und Kampfmoral

Ferner stellt sich die Frage, wieso die russischen Invasoren die gesteckten militärischen Ziele nicht längst erreichen konnten. Ein Grund hierfür findet sich wahrscheinlich in der Kampfmoral der Soldaten – und zwar auf beiden Seiten. Bereits in den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine hatte das Verhalten von ukrainischen Soldaten auf der Schlangeninsel im Schwarzen Meer internationale Aufmerksamkeit erregt.

↑ *Ukrainische Soldaten in einem Dorf in der Nähe von Charkiw, Ostukraine, am 15. Mai 2022.*

← *Das Panzergrenadierbataillon 112 übt mit dem Schützenpanzer PUMA im Gefechtsübungszentrum Heer im Rahmen der Stand-up-Phase für die Very High Readiness Joint Taskforce (VJTF) in Gardelegen Anfang April 2022.*

Seite 10, Foto: Bundeswehr/Marco Dorow
Seite 11, Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Mstyslav Chernov

Kurz vor dem Beschuss der Insel hatte ein russisches Kriegsschiff die Soldaten per Funkspruch aufgefordert, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Die Antwort der Ukrainer folgte prompt:„Russisches Kriegsschiff, f**k dich.“[1] Dieser Satz signalisiert den Mut, Stolz und die Entschlossenheit die eigenen Werte zu verteidigen. Tatsächlich kämpften die dann angegriffenen ukrainischen Verteidiger so lange, bis ihnen die Munition ausgegangen war. Weitere Beispiele für die Tapferkeit und Kampfmoral ukrainischer Soldaten gibt es in der Folge des andauernden Krieges inzwischen zuhauf, insbesondere in dem heftig umkämpften Mariupol. Auf Seiten der russischen Angreifer zeigt sich dagegen ein anderes Bild. Der russische Anwalt Maxim Grebenjuk, selbst ehemaliger Soldat und Militärstaatsanwalt, verteidigt eine wachsende Zahl von Russen, die sich dem Fronteinsatz widersetzen. Er kommt im Hinblick auf die Kampfmoral der russischen Soldaten zu dem Schluss: „Sie verstehen, dass die Dinge anders sind, als ihnen gesagt wird. [...] Ukrainer wissen, wofür sie sterben.“[2]

Im Falklandkrieg 1982 waren sich die britischen Soldaten sicher, für eine gerechte Sache zu kämpfen.

Britische Soldaten helfen einem verwundeten Kameraden an Land, nachdem zwei ihrer Landungsboote bei einem Luftangriff durch die Argentinier getroffen worden waren.

[1] Spiegel vom 25. Februar 2022.
[2] BR24 vom 27. April 2022.

Motivation der Soldaten

In Expertenkreisen ist die Bedeutung der Motivation der einzelnen Soldaten in der Bewertung von Qualität und Einsatzbereitschaft von Streitkräften schon lange unbestritten.[3] Der russische Schriftsteller Leo Tolstoi sprach in seinem berühmten Werk „Krieg und Frieden“ bereits vor über 150 Jahren davon, dass die Schlagkraft von Armeen das Produkt ihrer personellen und materiellen Stärke multipliziert mit einem „Unbekannten X“ sei. Dieses „X“ sei der „Geist des Heeres“, der Wille ihrer Soldaten zum Kampf und zur Bewältigung von Gefahren.[4] Damit bringt es Leo Tolstoi wie kein anderer eindrucksvoll präzise auf den Punkt.

Diese Erkenntnis lässt sich durch Beispiele aus der Geschichte militärischer Konflikte untermauern – und zwar nicht nur für den um Freiheit und Recht Kämpfenden, sondern auch für den indoktrinierten fanatischen Kämpfer. So besiegten etwa die schnell aufgestellten französischen Revolutionsheere Ende des 18. Jahrhunderts die stehenden Armeen der monarchischen Koalition aus europäischen Staaten. Die französischen Soldaten verteidigten zum einen ihre Heimat gegen die Invasoren und zum anderen kämpften sie für die neu errungenen Werte der Französischen Revolution von 1789, also für ihre Bürgerrechte. Ihre Gegner hingegen wollten die Monarchie in Frankreich wiedereinführen, was für die einzelnen Soldaten keinen besonderen Anreiz für ihre Kampfmoral bot. 20 Jahre später drehte sich dieses Verhältnis, als in den Befreiungskriegen Kriegsfreiwillige aus ganz Europa leidenschaftlich gegen die französische Besatzung kämpften. Aus neuerer Zeit ließe sich die hohe Kampfmoral der britischen Streitkräfte im Falklandkrieg 1982 anführen. Auch hier waren sich die britischen Soldaten sicher, für eine gerechte Sache zu kämpfen, denn schließlich war ein britisches Überseegebiet gegen den ausdrücklichen Willen der dortigen Bevölkerung von den argentinischen Streitkräften besetzt worden.

Diese kriegsgeschichtlichen Beispiele lassen den Schluss zu, dass die Einsatzbereitschaft und der Kampfeswille– neben Ausrüstung, Ausbildung, militärischer Führung und Organisation – entscheidende Faktoren für die Kampfkraft von Streitkräften darstellen. Es geht also nicht nur um eine gute und moderne Ausrüstung, sondern auch um klare Antworten auf die Sinnfrage des militärischen Auftrags. Mentale Einsatzbereitschaft – übersetzt in Kampfmoral – kann über Sieg oder Niederlage auf dem Gefechtsfeld entscheiden, dabei sogar personelle und materielle Unterlegenheit ausgleichen. Das macht in ihrem Kern die Innere Führung aus. Mit Blick auf die Bundeswehr heute und jenseits der Zeitenwende bedeutet dies, die Einsatzbereitschaft nicht nur auf Material und personelle Stärke zu reduzieren. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns dennoch eindrücklich, wie wichtig eine adäquate Ausrüstung sowie eine leistungsfähige Logistik für eine erfolgreiche militärische Operationsführung und die Kampfmoral sind. Bundeskanzler Scholz hat in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 angekündigt, dass Deutschland für die Sicherung des Friedens in Europa seinen solidarischen Beitrag

↑ *Ein NH-90 beim Start.*

→ *Revolutionskämpfe bei Lyon, Frankreich.*

Seite 12, Foto: picture alliance/dpa/PA
Seite 13, Fotos: Bundeswehr/Jana Neumann, imago images/imago stock&people/Leemage

[3] Zum Beispiel: Dirk W. Oetting: Motivation und Gefechtswert. Vom Verhalten des Soldaten im Kriege, Frankfurt a.M. 1988.

[4] Leo Tolstoi: Krieg und Frieden, Düsseldorf 2002, S. 1655f.

↑ *Verteidigungsministerin Christine Lambrecht wirbt im Deutschen Bundestag am 27. April 2022 um Zustimmung zum Sondervermögen Bundeswehr.*

leisten wird, auch mit einer Bundeswehr mit neuen und starken Fähigkeiten.

Ungleichgewicht im Haushalt korrigiert

Die Bundeswehr verfügte auch nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 trotz der Steigerung des Verteidigungsetats nur über begrenzte Möglichkeiten für Investitionen in militärische Fähigkeiten. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf ihre Einsatzbereitschaft, die wir bis heute spüren. Im ursprünglichen Haushaltsentwurf des Jahres 2022 waren etwa zwei Fünftel unseres Etats für Personal vorgesehen, zwei Fünftel für den Betrieb der Bundeswehr und gerade einmal ein Fünftel für Investitionen in die Ausrüstung. Mit dem vorgeschlagenen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro wird dieses Ungleichgewicht nun nachhaltig angegangen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für eine bessere Ausstattung und materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und dabei auch die deutliche Verbesserung der persönlichen Ausstattung aller Soldatinnen und Soldaten sind damit vorgezeichnet. Vor allem Letzteres stellt ein wichtiges Signal in die Truppe dar, weil es jeden Uniformträger betrifft. In einem ersten großen Schritt haben wir daher vor wenigen Wochen die Beschaffung zusätzlicher Artikel für die aufgabenorientierte Ausstattung der Bundeswehr mit Bekleidung und persönlicher Ausrüstung in einem Umfang von rund 2,36 Mrd. Euro auf den Weg gebracht. Bereits bis Ende des Jahres 2025 können damit weitere 305.000 Schutzwestensysteme, 150.000 Kampfbekleidungssätze, 122.000 Gefechtshelme sowie 250.000 Rucksäcke geliefert werden, womit eine Vollausstattung der aktiven Truppe möglich ist.

Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten

Wie steht es in der Bundeswehr aber um den „inneren“ Zustand der Streitkräfte? Oder anders ausgedrückt: Wie ist die Sinnfrage und die nach Moral und Verantwortung ihrer Soldatinnen und Soldaten zu beantworten? Zuallererst kann man wohl mit gutem Gewissen sagen, dass für die Bundeswehr die richtigen politischen, ethischen und rechtlichen Grundlagen gegeben sind. Die Grundsätze und Ziele der Inneren Führung bilden das feste Koordinatensystem für den Dienst in der Bundeswehr. Sie ist die Organisations- und Führungsphilosophie, welche die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Streitkräften abbildet. Zugleich ist damit verbunden, dass das eigene Handeln jedes Soldaten unabhängig vom Dienstgrad rechtlich und moralisch gebunden ist. Dieses Fundament trägt: Dass die Angehörigen der Bundeswehr im Einsatz – auch unter Entbehrungen, im Kampf und in höchster Gefahr – ihr humanistisches Wertegerüst nicht ablegen, haben sie in den vergangenen Jahrzehnten zweifelsfrei bewiesen. Einen Vernichtungskrieg wie ihn Putin in der Ukraine führen lässt, ist mit den Soldaten und Soldatinnen

↑ *Die Fahnenabordnung steht beim Feierlichen Gelöbnis am Jahrestag des Deutschen Widerstands im Bendlerblock in Berlin am 20. Juli 2021 bereit.*

der Bundeswehr schlicht unvorstellbar. In dem Verständnis des Staatsbürgers in Uniform kommt zum Ausdruck, dass Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr ihre staatsbürgerlichen Rechte im Dienst erleben und zugleich an ihre staatsbürgerlichen Pflichten gebunden bleiben. Mit anderen Worten bedeutet dies, Recht und Freiheit zu erleben, ist die Voraussetzung für den Willen zur Verteidigung derselben. Nur ein Mensch, dem wirklich bewusst ist und

der von Herzen zu schätzen weiß, dass wir heute in der freiesten, gerechtesten und tolerantesten Gesellschaft leben, die je auf deutschem Boden errichtet wurde, nur ein solcher Mensch wird bereit sein, das höchste Opfer zur Verteidigung dieses Deutschlands zu erbringen. Staatsbürger in Uniform kämpfen nicht für sicherheitspolitische Interessen und auch nicht für abstrakte Konzepte, sie kämpfen für ihre Kameraden und Kameradinnen, für ihre Familien, Freunde und Nachbarn, sie kämpfen dafür, dass ein Leben in Freiheit und Würde möglich ist. Wer daran zweifelt, blicke auf den Freiheitskampf der Ukraine.

„Einen Vernichtungskrieg wie ihn Putin in der Ukraine führen lässt, ist mit den Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr schlicht unvorstellbar.“

Seite 14, Fotos: imago images/Political-Moments, Bundeswehr/Sebastian Wilke,
Seite 15, Fotos: picture alliance/dpa/Britta Pedersen, photothek.net

← *Bürger auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.*

Wert der „geistigen Rüstung“

Der ehemalige Wehrmachts- und spätere Bundeswehroffizier Wolf Graf von Baudissin hat mit seinen Worten die „geistige Rüstung“ des Soldaten mit der „Inneren Führung“ zwar vorgezeichnet, bedarf aber einer konkreten und vor allem kontinuierlichen Ausgestaltung. Die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Sinnfrage sind nicht selbsterklärend, sondern erfordern eine aktive Auseinandersetzung und offenen Meinungsaustausch. Militärisches Handeln ist eben nicht nur als Handwerk zu verstehen, sondern genauso als Herausforderung an Geist und Gewissen jedes einzelnen Angehörigen der Streitkräfte. Insofern ist Bildung, oder treffender: die Persönlichkeitsbildung mit einem ganzheitlichen Anspruch in der Bundeswehr auch nicht etwa ein vermeintlicher Zeitfresser, der Ausbildungszeit in anderen einsatzwichtigen Bereichen einschränkt. Es liegt in der Verantwortung militärischer Vorgesetzter, in diesem Sinne die Ausbildung und den Dienst so zu gestalten, dass wertegebundenes Handeln auf Grundlage unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung erlebt und vorgelebt wird. Dazu gehört auch, dass für Streitkräfte einer liberalen Gesellschaft nur ein militärischer Gehorsam aus innerer Überzeugung – anstelle von Zwang – funktionieren kann. Denn nur der ist bereit, für Freiheit zu sterben, dem das Leben in Unterdrückung unerträglich ist.

Fazit

Wohin militärisches Handeln führen kann, wenn gute und wertegebundene Führung fehlt, zeigen uns leider die Berichte über Kriegsverbrechen russischer Soldaten in der Ukraine. Die Bundeswehr muss daher ihren Soldatinnen und Soldaten Orientierung geben, was gut und richtig, aber auch was falsch und sogar verboten ist. In diesem Verständnis ist Persönlichkeitsbildung heute und in Anlehnung an Baudissin ein wichtiger Bestandteil aller Bemühungen zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Die Bundesregierung hatte sich diese Aufgabe im Koalitionsvertrag bereits vor dem Krieg in der Ukraine ins Lastenheft geschrieben. Aktuell bekommen wir nochmals auf dramatische Art und Weise bestätigt, dass wir gut beraten sind, neben der Ausrüstung auch in die „geistige Rüstung“ unserer Soldatinnen und Soldaten zu investieren und die dafür notwendigen Freiräume für militärische Vorgesetzte zu schaffen.

Diesen Artikel können Sie online nachhören.

Thomas Hitschler

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung. Magisterstudium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Mannheim.

Interview mit Brigadegeneral Jens Arlt

Einsatz-bereitschaft

Erfordert Risiko und Vertrauen

Jugendliche warten auf Ihre Ausreise aus Afghanistan mit dem nächsten Flug auf dem Hamid Karzai Flughafen in Kabul am 19. August 2022.

Brigadegeneral Jens Arlt führte 2021 die deutsche Evakuierungsoperation aus Afghanistan. Tausende Menschen verdanken ihm und seinem Team ihr Leben und ihre Freiheit. Stefanie Kullick sprach mit ihm über Entscheiden im Gefecht, Nahbarkeit und die Bedeutung von Vertrauen als Kern der Menschenführung.

von Stefanie Kullick

***IF:* Herr General, Kritiker werfen der Inneren Führung vor, sie stelle Themen in den Vordergrund, die im wahren Soldatenleben keine Rolle spielen. Wie stehen Sie als einsatzerfahrener Soldat dazu?**

Ich halte die Innere Führung für sinnvoll und zweckmäßig. Sie ist ein bewährtes und dynamisches Konzept – was ich auch für richtig halte. Die Innere Führung ist eine Art Wertekompass. Hier geht es um geistiges Rüstzeug: mentale Stärke, Resilienz, Menschlichkeit und den Umgang miteinander. Der Kanon aus Werten und Normen ist zentral. Ebenso aber auch das Führen mit Auftrag. Ich kann Ihnen sagen: aus allen Rückläufern, die ich aus einem gemischten Verband bekommen habe, der sich erst im Einsatz zusammenfindet und den ich bei Hinflug in Taschkent erstmalig zusammen hatte, sagten mir alle das gleiche zu dieser Operation: „Führen mit Auftrag“ macht den Unterschied. Da die Innere Führung kritisiert wird, stelle ich mir die Umkehrfrage. Warum wird sie so explizit hervorgehoben, wenn sie doch unser tägliches Rüstzeug ist? Das lasse ich mal im Raum stehen.

Wie konnten Sie und Ihr Team während der Evakuierungsoperation von der Inneren Führung profitieren?
Auch die interkulturelle Kompetenz, also sich mit einem anderen Kulturkreis auseinanderzusetzen und sich an den Umgang mit Menschen, die andere kulturelle Rahmenbedingungen und historische Hintergründe haben, anzupassen, ist ein Aspekt der Inneren Führung, den ich berücksichtigen muss. Mit wem spreche ich? Wer kann mir in so einer Evakuierungsoperation helfen? Wer ist der religiöse und militärische Führer, mit dem ich mich auseinandersetzen muss? In so einer Situation muss ich mich breit aufstellen. Tabus aufzustellen, mit wem ich nicht spreche, ist unserem Auftrag nicht förderlich. Ich muss mich mit jedem Akteur, der dort unten ist, ob der gut oder böse ist, reden. Das kann ich nur, wenn ich meinen Wertekompass dabei habe. Die zweite Säule der Inneren Führung ist das, was Sie jedem Profi in jeder Profession mitgeben, das sind die Fähigkeiten

↑ *Brigadegeneral Jens Arlt in Saarlouis im Oktober 2021.*

und Fertigkeiten. Das ist das Wie und Was. Das „Wie mache ich das?“ betrifft die Ausbildung und die Ausrüstung, auch die Ausbildung zur Härte. Körperliche Resilienz spielt da auch eine Rolle – Widerstandsfähigkeit über längere Zeit. Diese beiden Säulen gehören eng zusammen. Die darf man auch nicht voneinander trennen.

Das andere ist die Frage des Wofür und Warum. Die Soldatinnen und Soldaten müssen selber wissen, wo ihre Gewissensgrenzen sind. Sie müssen wissen, was ihr Wertekanon ist, damit es nicht zur Verrohung kommt. Das sind die Dinge, die für mich im Rahmen der Inneren Führung wichtig sind. Diese Forderung, dass man mehr Ausbildung betreiben muss: Ja, die ist sicherlich richtig. Aber damit entwickle ich nur meine Fähigkeit und Fertigkeit. Aber warum ich kämpfe, wofür ich kämpfe, das ist die zweite

> Die Innere Führung ist eine Art Wertekompass. Hier geht es um geistiges Rüstzeug: mentale Stärke, Resilienz, Menschlichkeit und den Umgang miteinander.

Seite 16, Foto: imago images/UPI Photo/Mark Andries
Seite 17, Foto: Bundeswehr/Tom Twardy

↑ *Soldaten der militärischen Evakuierungsoperation in Kabul beim Antreten nach der Ankunft in Wunstorf am 27. August 2021.*

Säule. Das sind die Werte und Normen. Das sind moralische Aspekte, Verständnis für Rechtsstaatlichkeit. Wer beispielsweise für das Kriegsverbrechertribunal arbeitet, riskiert sein Leben möglicherweise für jemanden, der ein Massenvergewaltiger ist. Bis dieser überstellt ist. Dessen muss man sich im Klaren sein, wenn man diesen Auftrag hat. Man muss seine moralische Festigkeit haben. Diese darf nicht entgleiten.

Meinen Sie, die Innere Führung kommt im Dienstalltag zu kurz?
Nein, ich glaube, wir dürfen nicht den Fehler machen, dass wir die Innere Führung überbetonen nach dem Motto „Jetzt Innere Führung: ganz wichtig!“ Dienstalltag und Innere Führung gehören zusammen, das sind zwei Teilbausteine, die kontinuierlich ineinandergreifen müssen. Was nicht sein darf, ist das Getrenntsein.

Kann die Innere Führung auf Entscheiden im Gefecht vorbereiten?
Es gibt Vieles, von dem man sagt „das könnte Hilfe sein,“ aber im Endeffekt kommt es in Extremsituationen darauf an, was Sie individuell machen. Wie ist Ihr Erfahrungsschatz, wie ist Ihr persönliches Empfinden? Was ist die Situation, in der Sie sich befinden, und um was geht es dort? Die Argumente können offen auf dem Tisch liegen, harte valide Argumente, gern auch alle richtig. Und trotzdem entscheide ich genau diametral entgegengesetzt. Weil mein Bauchgefühl und mein Erfahrungsschatz mir sagen: Diese Situation ist anders. Das ist etwas, was man nicht lernen kann. Woher kommt dennoch diese Einsicht? Die kommt aus Ihren Werten und Normen und aus ihren vielfältigen Erfahrungen. Jetzt spielt wieder die Innere Führung eine Rolle. Sie ist die Basis, auf der ich meine Leute überzeuge, dass wir das anders machen und warum. Das erkläre ich. Ich sage öfter: Ich weiß nicht, ob es zum Erfolg führt, aber mein Bauchgefühl sagt mir, dass es der richtige Weg ist. Wir machen das und wir probieren es aus.

„Es geht gar nicht um Mut, sondern um Entscheidungsfreude und bereit zu sein, ein Risiko zu tragen!“

Das erfordert aber auch Mut, dem Bauchgefühl zu folgen. Im Nachhinein muss man sich vielleicht rechtfertigen, warum man nicht der Papierlage gefolgt ist.
Das muss man aushalten. Das ist im Wesentlichen Führung. In meiner Philosophie ist es so: Sie bekommen ihr Rüstzeug und müssen aus diesem

Seite 18, Foto: Bundeswehr/Jana Neumann
Seite 19, Fotos: Bundeswehr/Marco Dorow, Bundeswehr/Norman Wald

das Tool herausnehmen, was Sie jetzt für diese Situation brauchen, um mit Ihrem Team das Erforderliche leisten zu können. Welche Parameter gibt es? Zum Beispiel sollte Person A führen, Sie merken aber, der ist nicht gut drauf. Da passt irgendetwas nicht. Also: Person B führt, Person A nicht. Sie stellen A in der Hierarchie runter, heben B hoch und sagen: „Du machst das jetzt." Dann lösen die das und es wird gut. Es geht hierbei nicht um Mut, sondern darum, zweckmäßige Entscheidungen zu treffen. Entscheidungsfreude mitzubringen und bereit sein Risiko zu tragen. Ob das zum Erfolg führt, wird man nachher bewerten können. Keiner trifft ja bewusst eine falsche Entscheidung. Das wäre falsch gedacht.

Was wir zurzeit öfter machen, ist, wir versuchen zu antizipieren, ob es richtig oder falsch wäre und entscheiden entsprechend. Aber, das ist ja Quatsch. Ich entscheide in Extremsituationen intuitiv vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen. Dann ist das, was ich mache, immer richtig. Also: Leute retten ist richtig. Kindern zu helfen, ist richtig. Die Frage ist nur: Wie? Sie müssen auf Basis Ihres Wertekompasses entscheiden. Es ist wie ein dreidimensionales Koordinatensystem. Das kann in einer Gefechtshandlung oder einer Extremsituation das Rüstzeug sein, das man braucht, um andere Voraussetzungen zu schaffen. Dann müssen wir komplett umdenken. Als wir auf einmal Kindernahrung eingeflogen haben, war das so. Das liegt nicht in unserem Portfolio der Ausbildung. Wir brauchen gute Ideen. Auch,

↑ *Ein Transportflugzeug A400M landet mit Einsatzkräften in Wunstorf am 27. August 2021.*

wenn man nicht weiß, ob es funktioniert. Aber ich würde es nicht machen, wenn ich kein gutes Gefühl habe!

Es braucht also Unsicherheitskompetenz?
Ja, auch das spielt mit hinein. Wir Deutschen neigen dazu, alles absichern zu wollen. Aber das kann man gar nicht. Es ist auch egal, wie gut meine Ausbildung ist. Es bleibt ein Restrisiko, das ich eingehen muss. Das muss ich vor dem Hintergrund der Fähigkeiten und Fertigkeiten des Teams und der Rahmenbedingungen analysieren: Wie lange hat man schon gekämpft, wie lange ist man schon selber emotional geladen? Die Belastbarkeit muss individuell beurteilt werden. Deswegen kann man auch nicht vorschreiben: Nach drei Tagen musst du das machen, nach fünf Tagen das. Das ist Unsinn! Das ist immer intuitiv und individuell unter den Rahmenbedingungen zu betrachten. Es gibt Leute, die über sich hinauswachsen, die kleinen grauen Mäuse, die einfach tolle Sachen machen. Andererseits gibt es die Situation, dass man denkt: „Mensch, die Person müsste es jetzt eigentlich reißen," und dieser Mensch ist auf einmal so in sich gefangen und kommt nicht raus, weil ihn irgendwas blockiert.

→ *Verladen von Hilfsgütern während der Evakuierungsoperation in Taschkent, Usbekistan, am 21. August 2021.*

Sie müssen nahbar sein. Je extremer die Situationen werden, umso menschlicher müssen Sie sein.

↑ *Evakuierte Personen aus Afghanistan werden am 18. August 2021 von deutschen Sicherungskräften in Taschkent, Usbekistan, aus der A400M geleitet.*

Dann muss die Entscheidung getroffen werden: Lass das den anderen machen. Der Blockierte sortiert sich ein. Auch das passiert intuitiv. Der eine ist froh, wenn er nicht darauf angesprochen wird und macht das dann mit, was der andere anstößt. Das wird nicht erlernt, sondern muss in der Situation erkannt werden. Wie sich Dinge in der Führung entwickeln, hängt nicht davon ab, was man auf den Schultern trägt, sondern davon, was man in dem Moment kann.

Es spielt also auch viel Gruppendynamik mit hinein?

Das Zentrale sind Vertrauen und Akzeptanz. Es spielt mit hinein, wie Sie sich geben. Welche Strahlkraft Sie selber haben. Nehmen wir mal an, Sie sagen morgens im Gespräch: Ich erwarte heute Folgendes, dieses oder jenes wird passieren. Und wenn das dann tatsächlich passiert, haben Sie eine unglaubliche Überzeugungskraft. Weil Sie Ihren Leuten erklären, was Sie aufgrund Ihrer Erfahrungswerte oder des Erfahrungsschatzes, den Sie aufgebaut haben, mitgeben können. Das spricht sich dann herum und wirkt sich positiv aus.

Was ist unverzichtbar?

Sie müssen nahbar sein. Je extremer die Situationen werden, umso menschlicher müssen Sie sein und nahbarer. Sie müssen „greifbar“ sein, nicht distanziert. Man gibt sich damit auch überhaupt keine Blöße, gar nicht. Diese Offenheit können Sie niemandem beibringen, weil jeder von Natur aus anders ist und es entweder möchte oder kann oder eben nicht. Es hilft Ihnen nichts, wenn Sie entscheidungsfreudig sind, aber wenn das Team nicht in der Lage ist, diese Entscheidungen umzusetzen, weil ihm irgendwas fehlt. Weil sie vielleicht nicht das Verständnis haben oder sich nicht trauen. Dann müssen Sie an den Leuten eng dran sein: „Also, was bewegt euch jetzt? Was ist der Grund, warum ihr diesen Schritt nicht geht?“ Deswegen ist diese Nahbarkeit so wichtig. Wenn die gegeben ist, gehen die mit Ihnen auch durch dick und dünn. Je extremer die Situation, umso enger wird dieses Zusammensein, ohne dass Sie Ihre Stellung oder Kompetenz verlieren.

← *Brigadegeneral Jens Arlt gibt auf dem niedersächsischen Stützpunkt Wunstorf nach Beendigung der militärischen Evakuierungsmission ein Statement ab.*

Das wäre auch totaler Blödsinn.
Sie müssen auch ganz klar in ihren Formulierungen sein. Klar und eindeutig! Eine Ansprache, als wir nach Afghanistan reingeflogen sind, war: „Ihr habt nur einen Auftrag! Wenn ich in die Maschine einsteige, müsst ihr vor mir drin sein. Mehr müsst ihr euch nicht merken. Ich bin der letzte, der aus Afghanistan rausgeht. Wenn ich einsteige und die Rampe geht hoch, dann geht's raus. Vorher nicht." Wir wurden gedrängt, schon früher rauszugehen.
Sind wir nicht, weil ich nicht eingestiegen bin, weil ich zu bestimmten Dingen keine Klarheit hatte. Ich musste ja auch zwei Leute zurücklassen. Das war die schwierigste Situation, die ich je erlebt habe. Eine Zerreißprobe! Abwägen der Güter: wieder Werte und Normen. Kannst du das verantworten? Andere haben mich da nicht entspannt erlebt.

↑ *Die damalige Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, und Brigadegeneral Jens Arlt nach Ankunft in Wunstorf am 27. August 2021.*

Wenn Sie an die Weiterentwicklung der Inneren Führung denken: Welchen Aspekt nähmen Sie besonders in Ihren Fokus?
Wir neigen dazu, den Komplex Führung, Führungskompetenz, Innere Führung nach klaren Linien abgrenzen zu wollen. Dabei greift ja alles ineinander. Die Innere Führung hat immer noch Gültigkeit, dann kann das ja nicht falsch sein. Es sind bloß ein paar Aspekte, die sich verändern. Wie die Digitalisierung, die massiv ist. Der Umgang mit Medien. Wenn Sie als Soldat Medientraining haben, lernen Sie, immer die Wahrheit zu sagen. Faktisch müssen Sie aber mit Fake-News leben und Sie müssen auch in der Lage sein, falsch zu antworten. Das müssen Sie lernen. In einer Evakuierungsoperation wird das Risiko immer höher, je länger Sie drin sind, weil immer weniger Kräfte zur Sicherung vor Ort sind. Sie gehen ein bewusstes Risiko ein, was dazu führen kann, dass Sie nicht immer die Wahrheit aussprechen können – zum Schutz Ihrer Leute. So sind wir nicht konditioniert. Auch das müssen Sie Ihren Männern und Frauen klarmachen.

Meinen Sie, man sollte Medienkompetenz konzentriert ausbilden? Gerade bei Social Media zählt der objektive Journalismus weniger als zugespitzte Haltung.
Wir müssen ein Augenmerk darauf haben, was im medialen Umfeld passiert. Man kann das auch gut auf den aktuellen Krieg anwenden. Es ist erstaunlich, wie schnell Medien auf bestimmte Informationen reagieren, weil es ein Markt ist. Es geht hier nicht um Tiefe, es geht vor allem um Geschwindigkeit. Das ist etwas, was uns als Soldaten auch widerfahren wird. Also jeder ist Medienvertreter, jeder. Um das an einem Beispiel zu visualisieren: Wenn Sie jemanden evakuieren, dann hat der sein Smartphone und macht möglicherweise Aufnahmen von Ihnen, die ganze Zeit. Sie nehmen ihm das Telefon nicht ab, weil das sein Privateigentum ist. Dann müssen Sie sich aber dessen gewahr sein, dass sie permanent medial sind oder durch Dritte in irgendeiner Art und Weise Bilder von Ihnen gemacht werden. Alles was Sie machen, hat eine Symbolik, hat eine Strahlkraft. Weiteres Beispiel: Ich zeige in einer Phase der Evakuierung, dass ich eine Fahne niederhole. Dann heißt das, ich beende formal-militärisch die Evakuierungsoperation. Das wird sichtbar. Einmal durch den Akt selber – aber auch durch Bilder. Wenn diese Bilder kommuniziert werden, gibt es Reaktionen. Das kann Frustration und Panik sein nach dem Motto: „Jetzt muss ich erst recht den letzten Flug kriegen" oder „Ich muss da rein, koste es, was es wolle." Das erhöht das Risiko für Ihre Männer und Frauen. Man muss sich bewusst sein, wie Medien wirken und dass sie omnipräsent sind und wir auch gar keinen Einfluss auf die Medienwirkung haben. Es gab keine Restriktionen. Ich habe keine „lines to take." Die gibt es nicht. Ich soll das sagen, was ich meine. Bis heute.

Dr. Stefanie Kullick
ist Dezernatsleiterin „Innere Führung Online" am Zentrum Innere Führung, Koblenz.

Seite 20, Fotos: Bundeswehr/ Marc Tessensohn, picture alliance/dpa/Daniel Reinhardt
Seite 21, Fotos: Bundeswehr/Thorsten Weber, privat

Im Einsatz

Eine Spurensuche

↑ *In der deutschen Operationszentrale laufen alle Fäden zusammen.*

Kern unseres Berufes ist die Innere Führung. Aus der Inneren Führung ziehen wir unsere Motivation zum Dienen. Sie ist der Kompass, an dem wir unsere Werte ausrichten, durch sie werden die Werte und Normen des Grundgesetzes in der Truppe verankert. Im relativ beschaulichen Kasernen-Alltag sind Legitimation, Integration, Motivation und die Gestaltung der soldatischen Ordnung kein Problem. Doch wie sieht es aus, wenn die Truppe in den Einsatz oder auf eine Mission geschickt wird?

von Axel Woile

Die Spurensuche beginnt in der Slowakei beim Flugabwehrraketengeschwader 1, das mit zwei Patriot-Staffeln Teil der enhanced Vigilance Activities an der NATO-Süd-Ostflanke ist.

Der slowakischen Luftwaffenbasis in Sliač nähere ich mich aus Richtung Südwesten. Von der Hauptstadt Bratislava sind es zu der einzigen für die Quick Reaction Forces (QRF) zertifizierten Basis der Slowakei gut drei Stunden mit dem Auto. Die Fahrt geht über eine gut ausgebaute Autobahn durch eine Mittelgebirgslandschaft. Rechts und links tauchen immer wieder kleinere Ortschaften oder Dörfer auf, Städte suche ich vergebens.

Kurz vor Sliač öffnet sich das Mittelgebirge und der Blick geht über das Tal auf den Karpartenbogen und die schneebedeckten Berge der Hohen Tatra. Mitten im Tal liegt die Basis. Hohe Mauern, die in regelmäßigen Abständen mit Videokameras ausgestattet sind, umgeben das Areal. An der Wache schwere Panzerkreuze, S-Draht und slowakische Soldaten, die alles, auch den Kofferraum, genaustens inspizieren. Ein Stabsunteroffizier holt mich ab und wir fahren über die Basis zur deutschen Operationszentrale (OPZ). Immer wieder müssen wir an den Runways anhalten und uns vergewissern, dass kein Flugzeug quert. Auf der Basis sind MiG 29 Kampfflugzeuge stationiert. Als Trainingsflugzeuge werden einstrahlige Maschinen genutzt. Immer wieder steigen sie in den blauen Himmel, um den MIG-29-Piloten als Sparingspartner zu dienen. Schon bald sollen die MiGs gegen die modernen F-16 ausgetauscht werden.

Seite 22, Foto: Bundeswehr/Axel Woile
Seite 23, Foto: Bundeswehr/Axel Woile

Eine MIG-29 als Display. Die slowakische Luftwaffe wartet auf die Umrüstung auf NATO-Standard.

Der Presseoffizier Major Thomas Finkeldey empfängt mich in der OPZ. An der Stirnseite des großen Raumes sitzt der Geschwaderkommodore, Oberst Jörg Sievers. Der Presseoffizier sitzt direkt an der Tür. Dazwischen Offiziere, Portepee-Unteroffiziere, die alle telefonieren, miteinander im Gespräch sind oder an den Bildschirmen ihrer PCs arbeiten. In der Ecke die für diese Aufgabenstellung unabdingbare Kaffeemaschine und ein Kasten mit Süßigkeiten.

Major Finkeldey gibt mir einen ersten Überblick über die Mission. 700 Soldaten dürfen gemäß dem Parlamentsbeschluss des Gastlandes in der Slowakei sein. Das Geschwader ist mit zwei Einsatz-Staffeln und der Stabs- und Versorgungsstaffel der Flugabwehrraketengruppe 26 aus dem nordfriesischen Husum auf der Basis. Dazu kommt eine Staffel aus den Niederlanden. Gleich zu Beginn lobt Finkeldey die Unterstützung der slowakischen Armee. Innerhalb weniger Tage habe sie eine komplette Zeltstadt mit nagelneuen Zelten aus dem Boden gestampft. Das temporäre Zuhause für die niederländische und eine deutsche Staffel. Auch die Befestigung der Startgerätestellungen konnten die Slowaken mit 55 Tonnen Asphaltsplit und 80 großen Betonplatten (3x4m) innerhalb kürzester Zeit realisieren.

Die Vorbereitungen auf den Einsatz

Für die deutschen Kräfte begann die Mission schon einige Tage vor dem Parlamentsbeschluss der Slowaken. Klar war, die Husumer Soldatinnen und Soldaten werden Teil der enhanced Vigilance Activities. Unklar war, wo dies sein würde und welche Anforderungen die Soldatinnen und Soldaten zu erfüllen haben würden. „Wir wurden ständig gefragt, ‚Spieß, wann geht es los?'", beschreibt Oberstabsfeldwebel S. die Situation in der grauen Stadt am Meer. „So wirklich glücklich waren wir nicht, dass wir nicht wussten, wann es wohin geht." Für die Führungscrew von Geschwader und Gruppe begann die schwierige Personalauswahl. Auf meine Frage, ob es Akzeptanzprobleme bei dem einem oder anderen gab, ob sich gegen die Teilnahme an dieser Mission gewehrt wurde, kommt von allen Führungsebenen ein eindeutiges „Nein". Alle wollten auf dieser Mission Teil des Teams Luftwaffe sein, wie Hauptmann S., ein Staffelführer die Situation beschreibt.

Startrichtung Osten: Pariot Launcher auf der Basis Sliač.

Foto: Bundeswehr/Axel Wolle

Die Frage, ob durch die Personalauswahl eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ im Geschwader entstanden sei, ob die, die Zuhause bleiben müssen, sich zurückgesetzt fühlen, beantworten Kommodore und auch der Kommandeur der Gruppe mit einem eindeutigen „Nein“. „Alle wissen,“ so Oberst Sievers, „dass es noch weitere Kontingente geben wird. Und dann sind sie dabei.“

Es ist schon ein Kraftakt für die Soldatinnen und Soldaten, innerhalb weniger Tage Abschied von den Angehörigen zu nehmen und die privaten Angelegenheiten wie z.B. die Briefwahl zur bevorstehenden Wahl in Schleswig-Holstein zu regeln. Drei Soldaten haben extra ihre geplanten Hochzeitstermine vorgezogen, um im Falle eines Falles die Partnerin versorgt zu wissen. Die Spieße organisieren neben den Aufgaben des Innendienstes im Einsatz auch die Kommunikation mit den Angehörigen, gründen Chat-Gruppen, vermitteln Ansprechpartner und wirken beruhigend. „Für uns wird gesorgt, um uns wird sich gekümmert,“ mit diesem Gefühl, das Oberstabsgefreiter Maximilian V. beschreibt, geht das Kontingent in den Einsatz. Zu diesem Gefühl trägt auch bei, dass die Geschwaderführung und der Kommandeur der Gruppe 26 ohne Informationsvorbehalt führen. Jede Information, die weitergegeben werden darf, wird auch weitergegeben. Dazu wird ständig die Meinung des unterstellten Bereichs zu Problemstellungen erfragt und wo immer möglich, auch angenommen. Vertrauensbildung pur.

> Das Geschwader ist mit zwei Einsatz-Staffeln und der Stabs- und Versorgungsstaffel der Flugabwehrraketengruppe 26 aus dem nordfriesischen Husum auf der Basis.

Ein Landmarsch der Extraklasse

Einen Tag nach dem „Go“ des Gastlandes rollte das Geschwader in vier Marschbändern durch drei Staaten ins Einsatzgebiet. Ohne nennenswerte Ausfälle oder Unfälle. Geschlafen wurde während des viertägigen Marsches in Turnhallen oder in Zelten. Eine Leistung, die vorher noch kein Verband absolviert hat. Diese Motivation trägt. Alle, quer durch alle Ebenen, erwähnen den Marsch und das schnelle „combat-ready“ im Einsatzland, wenn sie gefragt werden, worauf sie stolz sind. Entgegen anderer Einsätze, zu dem es nur Einzelabstellungen gab, hat das Kontingent diesmal einen großen Vorteil: man kennt sich. Alle kommen aus dem gleichen Verband, Kommodore, Kommandeur, Staffelchefs, Spieße, alle sind bekannt und die Soldatinnen und Soldaten vertrauen ihnen. Das hat diese große Leistung mit ermöglicht.

In Sliač angekommen, muss nicht nur die Gefechtsbereitschaft hergestellt werden. Die Truppe ist unterzubringen und zu versorgen. Das ist der Job der Spieße. Eine Staffel wird in festen Unterkünften der Slowaken untergebracht, die zweite Staffel zieht gemeinsam mit den Niederländern in die neu

> Innerhalb weniger Tage wurde eine komplette Zeltstadt mit nagelneuen Zelten aus dem Boden gestampft.

aufgebaute Zeltstadt. Die Zelte stehen am Rande der Basis auf einer Wiese, verbunden durch Laufwege aus Holz. An zwei Seiten stehen die Dusch- und Toilettencontainer, die durch die Slowaken betrieben und gewartet werden. Das Containerdorf, das alle deutschen Kräfte aufnehmen soll, wird erst in einigen Monaten fertiggestellt. Wer wo wohnt in der Zeltstadt ist schnell zu erkennen. Dort, wo die Fahrräder vor den Zelten stehen, wohnen die Niederländer. Im Kontingent wird überlegt, die Staffeln in den Unterkünften rotieren zu lassen. So soll jeder mal in der festen Unterkunft, mal im Zelt schlafen. Doch der Plan wird schnell verworfen. Zu umständlich, viel zu viel Aufwand. Da sind sich alle einig. Außerdem neidet niemand dem andern die Unterkunft. Die Kameraden und Kameradinnen aus den festen Unterkünften lassen die

↑ *Alles erinnert an die Heimat: Landes- und Kreisflagge und Bockwurst aus der Region.*

Bewohner der Zeltstadt auch mal bei sich duschen. Gelebte Kameradschaft!

Das Leben auf der Basis

„Wichtig für die Truppe ist der Tross." Der, der das sagt muss es wissen. Oberstabsfeldwebel Marc S. ist Spieß der Einsatzstaffel, die die festen Unterkünfte bezogen hat. Und so machen sich die Mitglieder seiner Zelle daran, nach dem Beziehen der Unterkünfte die Betreuungszelte aufzubauen und einzurichten. Kaffeemaschine, Fritteuse, Würstchenkocher und jede Menge Süßigkeiten und Getränke wandern in die Betreuungszelte. Davor laden Bänke und Tische ein, den Feierabend oder die Mittagspause zu genießen. Es gibt eine klare Alkoholregelung: Zwei Flaschen Bier pro Tag maximal. Mehr nicht. Auf der Basis, auf der die Zelte stehen, gilt generelles Alkoholverbot. Dort fällt das

Seite 26, Fotos: Bundeswehr/Axel Woile (2)
Seite 27, Foto: Bundeswehr/Axel Woile; Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann; Screenshot: Ideenhaus/Google Earth

↑ *Sägen, bohren, hämmern – in einem ersten Kontingent sind handwerkliche Fertigkeiten gefragt.*

Feierabendbier deshalb aus. Die Staffelmitglieder, die dennoch ein Bierchen trinken wollen, müssen in den Bereich der festen Unterkünfte. Als gern gesehene Gäste. Im Bereich der Stellungen haben die Spieße ebenfalls Trossbereiche eingerichtet. Dort gibt es keinen Alkohol, aber leckere Leberkäsbrötchen oder auch Currywurst mit Pommes. Die Gespräche, die ich hier führe, werden begleitet durch das ständige Brummen der Aggregate und unterbrochen durch den Start verschiedener MIG 29 oder der Transportflugzeuge der Amerikaner.

Motivation und Legitimation

„Ich fühle mich wie auf einer der vielen Übungen, für mich ist die Bedrohung noch nicht spürbar," sind sich die beiden Posten, die den Zugang zu den Stellungen kontrollieren, einig. Dennoch, die beiden Oberstabsgefreiten wissen, wie wichtig der Auftrag für die Staffel ist und welchen Beitrag er zur Bündnisverteidigung leistet. Das weiß auch Hauptfeldwebel Jan M. Für ihn kamen mit dem Einsatzbefehl die Bilder seines Türkeieinsatzes zurück. Abgeschottet, ohne Kontakt mit der Öffentlichkeit. Hier in Sliač ist vieles anders. Die Kontingentmitglieder können in den Ort, einkaufen oder Essen gehen. Es ist eine Mission, kein Einsatz. Die Truppe ist im erweiterten Tagesdienst. „Wir haben nicht damit gerechnet, dass es uns so gut geht," sagt M. Er hat ebenfalls mehr das Gefühl einer Übung und würde gerne, wie viel andere, in den Modus 24/7, also den Einsatzmodus rund um die

V.l.n.r. Zuzana Čaputová, Präsidentin der Slowakei, Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der slowakische Verteidigungsminister Jaroslav Nad in Sliač. Für die Truppe sind diese Besuche eine Wertschätzung ihrer Arbeit.

Uhr, eintreten. Auch wenn für viele im Moment mehr das Gefühl einer Übung vorherrscht. Sie alle sagen und wissen dass diese Mission etwas Besonderes ist. Es ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Kein Einsatz wie in Afghanistan, Mali oder im Kosovo. Mitten in Europa leisten sie ihren Dienst und wissen, dass die roten Linien im Falle eines Falles nicht zu ihren Gunsten verschoben werden. Das man sie nicht zurückholt, wenn „es zu gefährlich" wird. Mit diesem Gefühl sitzen sie auf dem Flugfeld im Schatten der Startgeräte, die unmissverständlich zeigen wo Osten ist.

Dieses Gefühl beschreibt auch der Staffelchef Hauptmann Lars B. „Durch die veränderte Weltlage ist die Motivation meiner Soldatinnen und Soldaten sehr hoch. Es gibt keinen Zweifel an der Legitimation des Auftrags." Der Staffelchef hält die Motivation seiner Truppe, die Einsatzbereitschaft durch Weiterbildungen hoch. Politische Bildung, der Nachweis der individuellen Grundfertigkeiten, (IGF), Zertifizierungen, alles dies muss auch im Einsatz stattfinden. Oberst Sievers plant genaue Ausbildungsvorhaben für das Kontingent. Dazu muss noch eine Schießbahn erkundet werden. Wichtig, damit NATO-Zertifizierungen nicht verloren gehen, weil Überprüfungen durch mangelnde Ausbildung nicht bestanden werden.

Zu tun ist immer was

Über den Mangel an Beschäftigung kann sich so ein „Kontingent Null" ohnehin nicht beklagen. An jeder Ecke muss noch etwas nachbessert aufgebaut, neu überlegt werden. Die Laufwege, die jetzt zu den Trosszelten führen, sollen erneuert werden. Der Sicherheitsbereich braucht eine Tür, die die Soldaten bauen müssen. Im Bereich der Stabs- und Versorgungsstaffel wird gesägt und gehämmert. Die Besprechungs- und Kaffeeecke, die gemeinsam mit den niederländischen Kameraden genutzt wird, braucht ein festes Dach. Nicht nur jetzt gegen die Sonne: Hauptmann Florian W., der Staffelchef, plant für den Winter. Das Dach muss eine Schneelast tragen können. Handwerker, die bauen können, gibt es genug im Kontingent. Und sie sind mit Enthusiasmus dabei.

Eine weitere Aufgabe eines ersten Kontingents ist die Betreuung der Gäste aus dem Heimatland. Der Bundespräsident war gerade erst da, jetzt planen Oberst Sievers und sein Team den Besuch der Bundesministerin der Verteidigung und des Generalinspekteurs der Bundeswehr. Solche Besuche sind aus Sicht des Kontingents wichtig. Sie drücken die Wertschätzung aus, die die Soldatinnen und Soldaten auf einer solchen Mission brauchen. „Sich einfach mal mit dem Bundespräsidenten zu unterhalten, ohne Presse einfach so. Für die Motivation der Soldaten unbezahlbar," so der Kommodore.

Oberstleutnant Axel Woile

ist Redakteur der Fachzeitschrift IF am Zentrum Innere Führung.

Knowledge Enables Capability

Die NATO School Oberammergau (NSO) ist die zentrale Ausbildungsstätte der NATO auf operativer Ebene. Mit mehr als 10.000 Absolventen im Jahr aus mehr als 70 Nationen trägt die NSO einen wesentlichen Teil zur Einsatzbereitschaft der Allianz bei.

↑ *Major Tobias Kahlo unterrichtet im Strategic Operations Planning Course (SOPC).*

von Julia Döhler und Henning Hauser

„Knowledge Enables Capability“ („Wissen befähigt zum Können“) ist der Leitspruch der NSO und gleichzeitig auch ihr Kernauftrag – die NATO School bildet Soldaten und Zivilangestellte auf der operativen Ebene aus, damit diese für Ihren Einsatz oder Dienstposten bei der NATO bestens vorbereitet sind. Zu den über 70 Nationen, die Lehrgangsteilnehmende nach Oberbayern schicken, gehört natürlich auch Deutschland und damit eine Vielzahl von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Die Lehrgangsteilnehmenden wählen dabei aus einem Katalog von über 100 verschiedenen Lehrgängen. Die Spannweite reicht hier von Kursen zu Strategic Communications über Joint Targeting bis hin zu Weiterbildungen zum Thema NATO Intelligence. Das bedeutet, dass jede Teilnehmende und jeder Teilnehmer, die oder der die Schule besucht, ein individuelles Training bekommt, das zu ihrem oder seinem späteren Aufgabenbereich passt. Somit trägt die NSO einen wichtigen Teil dazu bei, die Bundeswehr einsatzfähig zu machen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Ausbildung der Presseoffiziere. Hier bietet die NSO zwei Public Affairs Kurse an, die weit über das hinaus gehen, was Soldatinnen und Soldaten in ihrer nationalen Verwendung lernen. Eine erste Herausforderung ist bereits, Medientraining in englischer Sprache zu absolvieren. Hinzu kommt neben der Zusammenarbeit mit internationalen Kameraden auch die Grundsätze der NATO und deren Vorschriften zu verstehen. Dabei hilft es den Lehrgangsteilnehmenden, dass sie sich direkt vor Ort in Oberammergau mit anderen Kursteilnehmern, Tutoren und Dozenten austauschen können und so bereits vor dem Einsatz wichtige Kontakte knüpfen, auf die sie später dann zurückgreifen können.

Auch im Rahmen von enhanced Forward Presence, den Streitkräften an der Ostflanke der NATO, sind die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Bundeswehrangehörige vielseitig. Wer später seinen Dienst in den jeweiligen multinationalen Stäben versieht, tut gut daran, sich vorher einen Überblick über Strukturen, Prozesse und Verfahrensabläufe der NATO zu verschaffen. Hierzu dient der NATO Staff Officer Orientation Course. Mit einem umfangreichen digitalen Lernangebot von rund 50 Online Kursen, unter anderem zur Logistik oder mit dem NATO Legal Advisor Course, stärkt die NSO nicht nur die NATO, sondern sie trägt auch entscheidend zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bei.

Hauptmann Julia Döhler

ist Historikerin, war Moderatorin bei Radio Andernach und ist seit 2020 Presseoffizierin an der NATO School Oberammergau.

Korvettenkapitän Henning Hauser

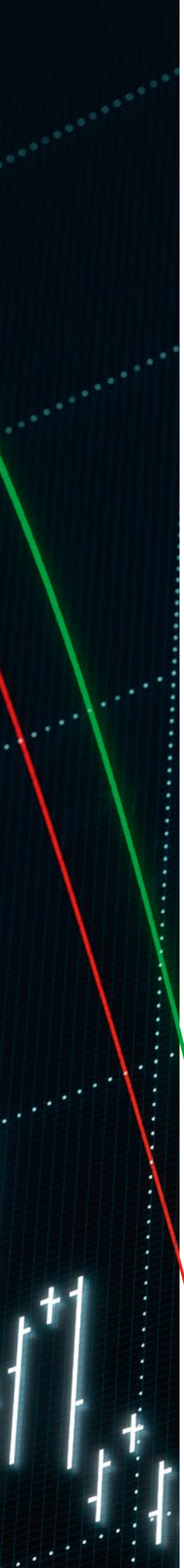
ist Videoredakteur, Presseoffizier und seit 2021 Ausbilder für Strategische Kommunikation an der NATO School in Oberammergau.

Seite 28, Fotos: picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka, Bundeswehr
Seite 29, Fotos: NATO School/Marques Davis (3)

Sanktionen und Krieg

Wie schwer trifft der wirtschaftliche Boykott Russland? Und welche Rolle spielt China?

Foto: imago images/Westlight



Russland ist das Ziel des umfangreichsten Sanktionsregimes aller Zeiten. Welche Wirkung erhofft man sich davon, und kann China als neuer Partner Russlands wirtschaftliche Verluste kompensieren?

von Frank Mouritz

Als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine sind neben Waffenlieferungen an die Ukraine vor allem Wirtschaftssanktionen gegen Russland das Mittel der Wahl, um zu versuchen, Einfluss auf den Ausgang des Konflikts zu nehmen. Entgegen dem Eindruck, der bisweilen von Politikern vermittelt wird, sind Sanktionen kein Allheilmittel, mit dem ein bestimmtes staatliches Verhalten erzwungen werden kann. Aber gemessen an Alternativen wie der Entsendung von Streitkräften, sind Wirtschaftssanktionen eine relativ niedrigschwellige Maßnahme, mit der man eine große Wirkung erzielen kann. Vereinfacht gesagt, verfolgen Sanktionen meistens drei Ziele.

1. Kurzfristig:
Kosten erhöhen, um die Kalkulation der Staatsführung zu verändern und zum Einlenken zu bewegen.

2. Langfristig:
Einen Staat wirtschaftlich so zu schwächen und isolieren, dass ihm die Mittel entzogen werden, um in Zukunft eine größere Gefahr für die internationale Sicherheit darzustellen.

3. Bestrafung:
Als Signal, dass negatives Verhalten nicht geduldet wird und das gleichzeitig als Warnung an andere Akteure wirkt. Zugleich auch als innenpolitisches Signal, dass man nicht tatenlos ist, sondern versucht, eine Aggression zu stoppen.

Im Fall der Sanktionen gegen Russland kann man diese gleichzeitigen Zielsetzungen gut erkennen. Man hofft, der russischen Wirtschaft und der Elite des Landes mit Sanktionen bereits kurzfristig sosehr zu schaden, dass die auf diese Weise versursachten Kosten die erwarteten Gewinne eines Sieges in der Ukraine übersteigen. Durch die Eroberung der

Sanktionen reduzieren die Wirtschaftskraft und verringern damit eine andere Dimension russischer Macht.

Langfristig werden die Sanktionen dazu führen, dass Russland weniger Mittel zur Verfügung hat, um ein schlagkräftiges Militär zu unterhalten.

Ukraine will Russland seine geopolitische Machtposition stärken. Sanktionen reduzieren die Wirtschaftskraft und verringern damit eine andere Dimension russischer Macht. Sind die Sanktionen hart genug, kann die Gesamtkalkulation des russischen Machtzuwachs negativ ausfallen und rein rational macht eine Fortführung des Kriegs dann keinen Sinn mehr. Rationale Argumente sind allerdings nicht immer ausreichend und die Gesamtkalkulation kann sehr viel komplexer ausfallen, wenn bei einem erfolglosen Rückzug zum Beispiel auch der Machtanspruch von Putin selbst in Gefahr sein könnte.

Langfristig werden die Sanktionen dazu führen, dass Russland weniger Mittel zur Verfügung hat, um ein schlagkräftiges Militär zu unterhalten. Entscheidend ist hier die Abwanderung von ausländischen Firmen sowie der Boykott von russischen Exportgütern, allen voran Öl und Gas, welche die Haupteinnahmequellen Russlands sind. Dieser Prozess dauert allerdings Jahre und Ländern, die bereit sind für die Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Streitkräfte an anderer Stelle zu sparen, können diesen Prozess verlangsamen. Dies geht allerdings nur auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Bei geringeren Staatseinnahmen kann der Militäretat nur hochgehalten werden, wenn an anderer Stelle gespart und weniger Geld ausgegeben wird z.B. für Sozialleistungen, öffentliche Infrastruktur, Bildung und Kultur. Ob dadurch die Unzufriedenheit mit der Regierung wächst, hängt davon ab, wie stark die Leidensbereitschaft einer Bevölkerung ist und wie sehr der Staat aufkommenden Protest niederschlagen kann.

Nordkorea ist ein abschreckendes Beispiel dafür, dass mit genügender Härte und Indoktrination der Bevölkerung auch Hungernsöte nicht zu einem Aufstand führen und trotz eines maroden Staatssystems ein Militär aufrechterhalten werden kann, dass eine Gefahr für die gesamte Welt darstellt. Wenn Putin und sein Umfeld bereit sind, Russland notfalls in ein zweites Nordkorea abdriften zu lassen, dann werden Sanktionen auch langfrisitig kein Einlenken bewirken. Allerdings kann durch Sanktionen die militärische Schlagkraft verringert und die Gefahr von Russland für andere Ländern verkleinert werden. Ohne Sanktionen wäre das nordkoreanische Atomprogramm wohl schon weiter und Nordkorea noch gefährlicher.

Wie wirken die Sanktionen gegen Russland?
Bereits nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 haben viele Länder Sanktionen gegen Russland erlassen und seit der Invasion der Ukraine kamen bereits über 7.000 einzelne Sanktionsmaßnahmen hinzu. Damit ist Russland nun das mit Abstand am meisten sanktionierte Land der Welt noch vor Iran oder Nordkorea. Die Sanktionen reichen von Maßnahmen gegen Einzelpersonen über die Restriktion von Importen und Exporten bestimmter Güter bis hin zum Ausschluss russischer Banken aus dem internationalen Finanzsystem. Während Einreiseverbote gegen russische Staatsdiener und Oligarchen hauptsächlich symbolische Wirkung haben, können Handelsrestriktionen und Finanzsanktionen einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftsleistung und die Produktionsmöglichkeiten eines Staates haben. Entscheidend ist, wie umfangreich, gezielt und lückenlos Sanktionen ausgestaltet werden.

↓ *Europa will seine Abhängigkeit vom russischen Gas reduzieren.*

Bisher beschränken sich die Import- und Exportrestriktionen auf ausgewählte Produktgruppen wie Kohle, Metalle, Luxuswaren und einige Hochtechnologiegüter. Ausfuhrbeschränkungen auf Technologiegüter für die Energie-, Luftfahrt- und Rüstungsindustrie sind zwar ein effektives Mittel, gezielt bestimmte Industriezweige nachhaltig zu schwächen, denn russische Flugzeuge und Raketen haben viele ausländische Bauteile, die nicht einfach ersetzt werden können, aber der gesamtwirtschaftliche Effekt ist um ein Vielfaches kleiner als bei Sanktionen gegen Exporte fossiler Brennstoffe. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IWF) geht nach eigenen Berechnungen davon aus, dass ein Gas-Embargo das russische Bruttoinladsprodukt um 2,9% und ein Öl-Embargo um 1,2% schrumpfen lassen würde. Dahingegen wird für ein Embargo auf Computertechnik oder elektonische Geräte jeweils nur ein Rückgang von 0,1% vorhergesagt.[1] Ein Einfuhrverbot für Öl ist deshalb der folgerichtige nächste Schritt, um eine größere gesamtwirtschaftliche Wirkung zu erzielen.

Vollumfängliche Sanktionen in allen Bereichen, die einer Abkopplung des Westens von Russland gleichkämen, würden laut der Berechnung des IWF sogar zu einem Rückgang der russischen Wirtschaftsleistung von 9,7% führen.[2] Die meisten Waren können allerdings nach wie vor nach Russland geliefert oder von dort bezogen werden, wobei die Geschäftsabwicklung durch Sanktionen gegen russische Banken schwierig geworden ist. Aus diesem Grund ist ein allgemeiner Rückgang des Warenaustauschs auch über sanktionierte Bereiche hinaus festzustellen.

Da aber nicht alle russischen Banken komplett vom internationalen Finanzsystem ausgeschlossen sind, können Firmen, die nach wie vor Geschäfte mit Russland machen wollen, versuchen, für die Abwicklung von Transaktionen in Zukunft auf nicht sanktionierte Banken auszuweichen. Lange wurde Russlands größtes Bankhaus, die Sberbank, nicht vom Zahlungssystem Swift ausgeschlossen. Diese Lücke soll im sechsten EU-Sanktionspaket behoben werden. Ob auch die Gazprombank, über die die Bezahlung von Gaslieferungen abgewickelt wird, auf die EU-Sanktionsliste aufgenommen wird, ist aktuell noch unklar.

Lückenloser sind die Sanktionen, die den Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten einschränken. Russische Banken können sich nicht mehr an den wichtigen Finanzstandorten USA, Großbritannien und der EU refinanzieren und auch keine Finanzprodukte mehr dort anbieten. Darüber hinaus wurden die Vermögenswerte der Zentralbank sowie der allermeisten staatlichen und privaten Bankhäuser eingefroren, wodurch Russland den Großteil seiner Fremdwährungsreserven verliert. Diese Maßnahme macht es Russland schwerer, die Folgen der Wirtschaftssanktionen abzufedern.

↑ *Diese Bedeutung der Installation ist: „Wir werden sie ersetzen." Sie besteht aus den ersten Buchstaben einiger großer ausländischer Unternehmen, die aufgrund der Sanktionen ihre Geschäftstätigkeit in Russland aufgegeben haben.*

Boykotte von Privatfirmen

Die Sanktionen müssen außerdem im Zusammenhang mit den Boykotten privater Firmen gesehen werden, weil diese den Effekt staatlicher Maßnahmen verstärken. Wenn ausländische Firmen nicht mehr nach Russland liefern oder ihre Werke dort schließen, dann verliert Russland den Zugang zu deutlich mehr Gütern als denjenigen auf der Sanktionsliste. Außerdem sorgt die Abwanderung von Firmen für höhere Arbeitslosigkeit und geringere Staatseinnahmen, was die generelle Wirtschaftskraft reduziert. Bisher haben mehr als 750 Konzerne ihr Russlandgeschäft ausgesetzt oder das Land ganz verlassen. Darunter Firmen mit zehntausenden Angestellten wie McDonalds oder IKEA. Viele Firmen gewähren ihren Angestellten eine Übergangsfrist und warten die aktuelle Entwicklung ab, aber je länger der Krieg andauert, desto mehr Firmen werden ihre Geschäftsbeziehungen komplett abwickeln und damit drohen Hunderttausende oder gar Millionen ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

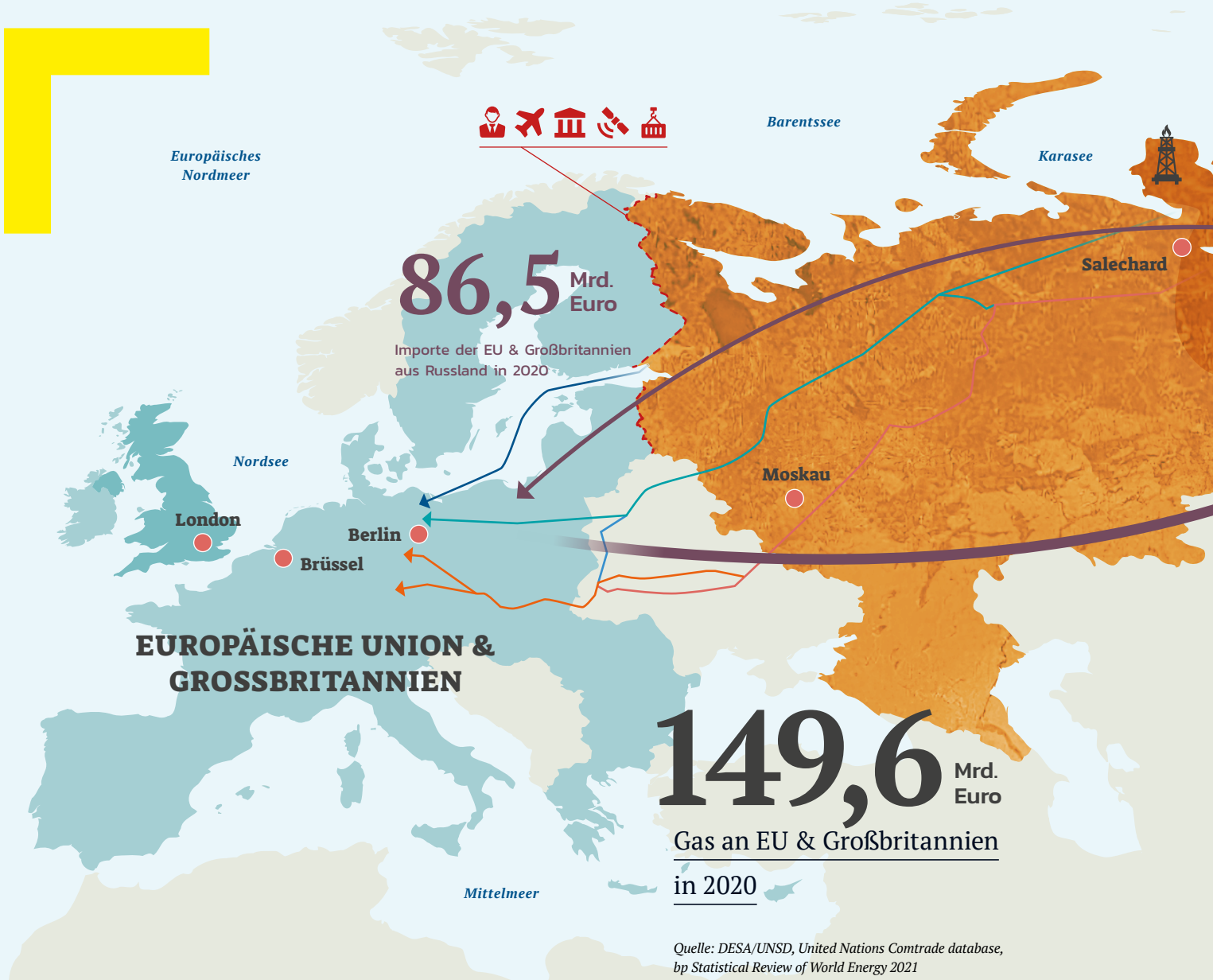
Wer sanktioniert und wer nicht?

Neben dem Umfang und der Qualität der Sanktionen ist entscheidend, welche Länder sich beteiligen. Insgesamt haben 45 Länder unterschiedlich strenge Sanktionen erlassen. Darunter sind acht der zehn größten Volkswirtschaften der Welt und sechs der zehn wichtigsten Handelspartner Russlands.

[1] www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/mit-diesen-sanktionen-trifft-der-westen-russlands-wirtschaft-am-staerksten

[2] www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-arbeitspapiere/2022/cutting-through-the-value-chain-the-long-run-effects-of-decoupling-the-east-from-the-west-17087

Seite 32, Foto: imago images/IlluPics
Seite 33, Foto: imago images/ITAR-TASS/Alexander Demianchuk



Quelle: DESA/UNSD, United Nations Comtrade database, bp Statistical Review of World Energy 2021

Russlands Gasgeschäfte

Die ertragreichsten russischen Gasfelder liegen in der Region Jamal. Von hier wird die EU über ein Netzwerk verschiedener Pipelines mit Gas versorgt. Im Jahr 2020 flossen darüber 149,6 Milliarden Kubikmeter Gas in die EU und nach Großbritannien. Im selben Zeitraum flossen von Russland lediglich 3,9 Milliarden Kubikmeter Gas von weniger ergiebigen Gasfeldern in der Region um Irkutsk über die Pipeline „Kraft Sibiriens 1“ nach China. Eine neue Pipeline mit dem Namen „Kraft Sibiriens 2“ zur Anbindung Chinas an die Jamal-Gasfelder wurde Anfang 2022 beschlossen, aber diese wird frühstens 2030 ans Netz gehen und auch dann nur eine maximale Kapazität von 50 Milliarden Kubikmetern erreichen.

EU-Sanktionen gegen Russland

- Sanktionen gegen Einzelpersonen
- Sanktionen gegen Flug-, Schiff- und Kraftverkehr
- Finanz-sanktionen
- Sanktionen für Güter mit militärischem Nutzen
- Wirtschafts-sanktionen

Gaspipelines Richtung Europa

- Nord Stream 1
- Jamal
- Brotherhood
- Soyuz/Transgas
- **EU-Außengrenze**

Gaspipelines Richtung China

- „Kraft Sibiriens 1“
  Gas an China in 2020: 3,9 Mrd. m^3
- „Kraft Sibiriens 2“
  Fertigstellung: Frühstens 2030
  Geplante jährliche Kapazität: 50 Mrd. m^3
- Noch nicht fertiggestellt

Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann; Screenshot: Ideenhaus/Google Earth

Die USA, Großbritannien und Mitgliedsländer der EU haben die meisten Sanktionen erlassen, aber auch andere Industriestaaten wie Australien, Japan oder Südkorea haben sich dem Sanktionsregime in den meisten Punkten angeschlossen. Das macht es Russland schwerer, alternative Lieferanten und Abnehmer zu finden. Für manche Güter und Einzelteile, auf die die russische Wirtschaft angewiesen ist und die nicht heimisch hergestellt werden können, werden sich gar keine Alternativen finden lassen, weil sie nur in den sanktionierenden Ländern hergestellt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Luft- und Raumfahrtindustrie und für weite Teile der Rüstungsindustrie.

Zwei der größten Volkswirtschaften der Welt, China und Indien, haben bisher allerdings keine Sanktionen erlassen, weshalb viel darüber spekuliert wird, ob Russland mithilfe dieser Länder die Sanktionen kompensieren kann. Indien nimmt im Moment eine neutrale Rolle ein und scheint weder gewillt zu sein, Russland übermäßig zu unterstützen noch auszugrenzen. Aus Opportunität könnte Indien seine Öl-Ankäufe aus Russland zu günstigen Konditionen ausweiten, aber darüber hinaus ist es eher unwahrscheinlich, dass es zu einer großen Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland kommt. Anders sieht es bei China aus, das am 4. Februar, nur wenige Wochen vor Beginn des Kriegs, eine gemeinsame Erklärung mit Russland unterschrieben hat, in welcher sich beide Seiten „grenzenlose Freundschaft“ und „keine verbotenen Gebiete für Kooperation“ versichern. Trotz dieses Schulterschlusses ist nicht zu erwarten, dass China das Sanktionsregime aktiv unterwandern wird, da man nicht selbst Ziel von Sanktionen werden will. Die USA haben bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht davor zurückschrecken, chinesische Firmen mit Sekundärsanktionen zu bestrafen, wenn diese an sanktionierte Staaten Güter geliefert haben, die auf der US-Sanktionsliste standen. Der chinesische Telekommunikationsausrüster ZTE wurde im Jahr 2018 Ziel von Sekundärsanktionen in Form von einem Ausschluss vom US-Markt, weil er Netzwerktechnik an Nordkorea und den Iran geliefert und damit US-Sanktionen unterwandert hat. In der Folge war es US-Konzernen untersagt, ZTE weiter zu beliefern, was die Firma innerhalb weniger Wochen fast in den Bankrott getrieben hätte, da in mehr als 80% ihrer Produkte US-Komponenten verbaut waren. Nach einer Strafzahlung und Einstellung der Lieferungen nach Nordkorea und den Iran wurden die Sanktionen aufgehoben und der Bankrott abgewendet. Ein solches Szenario wird man vermeiden wollen, aber abgesehen von sanktionierten Bereichen, scheint China dazu bereit, enger mit Russland zusammenzuarbeiten, um dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten abzumildern.

> **„Russlands wichtigste Importgüter sind Maschinen, elektronische Geräte und Fahrzeuge.“**

Kann China den wirtschaftlichen Schaden ausgleichen?

Es ist allerdings fraglich, ob China allein den Ausfall an Investitionen, Importen, Exporten, und Zugang zu technischem Know-how kompensieren kann. China hat mit einer Schuldenkrise im Immobiliensektor zu kämpfen und viele chinesische Provinzen haben sich in den letzten Jahren mit exzessiven Konjunkturprogrammen überschuldet.

Ein Volkswagenhändler in Russland. Rover, BMW, Mercedes-Benz, Citroën, und General Motors haben wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine ihre Lieferungen nach Russland ausgesetzt.

↑ *Mitarbeiter inspizieren die Pipeline in Daqing, im Nordosten der chinesischen Region Heilongjiang, der Provinz des „Schwarzen Drachenflusses“.*

Außerdem hat China bereits viel Geld an andere Staaten im Rahmen der neuen Seidenstraße verliehen, weshalb unklar ist, wie viel Spielraum China hat, Russland mit Krediten und Investitionen zu versorgen.

Russlands wichtigste Importgüter sind Maschinen, elektronische Geräte und Fahrzeuge. Genau diese Produktgruppen machen auch den Großteil der chinesischen Exporte nach Russland aus, aber während China vor allem Computer, Smartphones, Unterhaltselektronik und Haushaltsgeräte liefert, liefern westliche Länder ganz andere Produkttypen wie Motoren, Turbinen, Generatoren, Ventile oder Pumpen. China hat viele dieser Produkte nicht im Angebot oder nicht in der gleichen Qualität. Flugzeugbauteile bezieht China zum Bespiel selbst aus Europa oder den USA. Mikroprozessoren hat China zwar im Angebot, aber die neuesten Modelle, die zehn Nanometer oder noch kleiner sind, können bisher nur in Taiwan oder Südkorea hergestellt werden. Sanktionen auf bestimmte Produktgruppen und Geschäftseinstellungen vieler westlicher Firmen werden deshalb für eine Mangelwirtschaft und den Zusammenbruch vieler russischer Produktionsketten führen. Manch chinesischer Konzern wird sein Geschäft auf dem russischen Markt wohl ausbauen und damit zumindest einige der entstandenen Lücken schließen, aber auch diese Firmen werden vorsichtig sein, nicht als russische Unterstützer wahrgenommen zu werden, da Umsätze in Europa und den USA um ein Vielfaches wichtiger sind.

Bei Exporten könnte man zunächst meinen, dass Russland Öl und Gas, was nicht mehr in Europa verkauft werden kann, stattdessen nach China liefert, das einen nach wie vor steigenden Bedarf hat. Aber dafür fehlt die Infrastruktur. Europa wird hauptsächlich mit Gas aus der Region Jamal versorgt und von dort liegen nur Pipelines Richtung Westen. Dieses Gas kann also gar nicht in großen Mengen nach China exportiert werden. Sollte Europa einen Gasboykott beschließen und dadurch die bestehenden Gasverträge aufgrund höherer Gewalt beendet werden, hätte Russland keine Abnehmer für den Großteil seines Erdgases. Deshalb wurde dieses Jahr der Bau einer Pipeline mit dem Namen „Kraft Sibiriens 2“ aus der Region Jamal nach China beschlossen, aber diese kann im besten Fall erst 2030 in Betrieb gehen. Bis dahin ist Russland genauso abhängig von Gas-Exporten nach Europa, wie Europa von Gas-Importen aus Russland.

Selbst wenn China der russischen Wirtschaft zur Hilfe kommen möchte und damit einen Bruch mit seinen Haupthandelspartnern USA und Europa riskiert, sind die Möglichkeiten also begrenzt und die Wirkung der Sanktionen wird dadurch nicht signifikant abgeschwächt. Je länger die Sanktionen aufrecht erhalten bleiben und je umfassender das Embargo ausfällt, desto heftiger wird die russische Wirtschaft betroffen sein. Kriegsunfähig wird Russland dadurch nicht, weshalb zusätzliche Maßnahmen wie Waffenlieferungen wichtig sind, aber mittelfristig wird es schwieriger die Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten, ohne dabei einen Staatskollaps zu riskieren.

Dr. Frank Mouritz

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr München und dem George C. Marshall European Center for Security Studies. Er forscht zu globalen ökonomischen Interdependenzen und ist Experte für chinesische Außen- und Wirtschaftspolitik.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

Seite 36, Foto: imago images/ITAR-TASS/Vyacheslav Prokofyev
Seite 37, Fotos: imago images/imago stock&people/Xinhua, Wedhorn Karlheinz

Chinas weltpolitischer Kurs

Die neuen Herausforderungen Xi Jinpings

Chinas Präsident Xi Jinping mit Präsident Putin im Gespräch am 4. Februar 2022.

China bereitet sich auf den 20. Parteitag seiner alles beherrschenden Kommunistischen Partei (KPCh) im Herbst 2022 vor. Als sicher gilt, dass sich der amtierende Generalsekretär Xi Jinping eine dritte Amtszeit sichern und die dann vollständig auf ihn zugeschnittenen Führungsstrukturen der Partei mit handverlesenen Gefolgsleuten besetzen wird.

von Sven Bernhard Gareis

Im März 2023 steht dann die Bestätigung im Amt des Staatspräsidenten an – hierfür wurde bereits 2018 die bisher in der Verfassung verankerte Begrenzung der Präsidentschaft auf zwei aufeinanderfolgende Perioden gestrichen. Mit seinen weiteren Schlüsselpositionen, etwa in der Zentralen Militärkommission (ZMK) oder der Zentralen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, hält Xi eine Machtfülle in den Händen wie vor ihm nur Mao Zedong. Die klare Botschaft ist: In Verfolgung seines „Chinesischen Traums" will Xi als starker Führer die Volksrepublik auf dem Weg zu einer „reichen und starken sozialistischen Gesellschaft" voranbringen, die dann ab 2049 einen Platz in der Spitzengruppe der Weltmächte einnehmen soll. Allerdings sehen sich Partei und Staat mit Herausforderungen konfrontiert, deren Dimensionen und Reichweiten nicht abzusehen waren, als Xi und seine Getreuen vor Jahren damit begannen, diesen Kurs abzustecken.

Innenpolitisch steht vor allem die Bewältigung der Covid-19-Pandemie im Vordergrund, anlässlich derer die Staatsführung zu drastischen Lockdowns in Shanghai, Beijing und anderen Metropolen greift. Es drohen dramatische ökonomische und soziale Konsequenzen als Folgen einer rigorosen No-Covid-Politik ohne eine durchdachte und parallel durchgeführte Impfstrategie mit wirksamen Vakzinen. Auf diesem Gebiet des Bevölkerungsschutzes hat China seit dem Ausbruch der Pandemie praktisch zwei Jahre verloren.

Außenpolitisch gelingt es der Führung um Xi nicht, eine überzeugende Position zu Russlands Aggression in der Ukraine zu finden. Die unterstützenden Äußerungen Xis und die von den staatlichen Medien weitestgehend übernommenen russischen Sprachregelungen einer „militärischen Spezialoperation zur Befreiung und Denazifizierung der Ukraine" stehen nicht nur im krassen Widerspruch zum russischen Handeln in seinem Nachbarland. Sie laufen vielmehr allen Grundprinzipien der chinesischen Außenpolitik wie etwa dem Postulat von staatlicher Souveränität und territorialer Integrität als Basis der Internationalen Beziehungen zuwider – und sie beschädigen Chinas gerne gepflegtes Selbstbild einer verantwortungsvollen, um die Zukunft der Menschheit bemühten Großmacht.

Besonderheiten chinesischer Machtausübung

Diese Herausforderungen werden die erwartbaren Ergebnisse des 20. Parteitags bezüglich der künftigen Machtvertikalen im Lande nicht aufhalten. Dennoch lohnt sich ein genauerer Blick auf die Probleme, vor denen die Volksrepublik im Inneren wie im Äußeren steht, weil Führung und Macht in China auf anderen Grundlagen stehen als in den meisten anderen Autokratien. Zwar ist Xis Macht über China umfassend, auch wird sie immer zentralisierter und autoritärer ausgeübt. Zugleich aber ist sie nicht

Seite 38, Foto: picture alliance/EPA/Alex Plavevski
Seite 39, Foto: imago images/ITAR-TASS/Alexei Druzhinin

← *Chinas Präsident Xi Jinping während der Abschlussveranstaltung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) in der großen Volkshalle in Peking am 10. März 2022.*

bedingungslos und für immer gegeben. Vielmehr verlangt das traditionelle „Mandat des Himmels“ (tianming) seit jeher von Chinas Kaisern, Präsidenten, Revolutions- und Parteiführern eine Art Gesellschaftsvertrag, um die ihnen gegebene Macht zur erfolgreichen Führung des Reiches einzusetzen. In der Volksrepublik heißt dies seit mehr als vierzig Jahren vor allem, die innere Entwicklung des Landes voranzutreiben und einen zwischen mehr als 1,4 Milliarden Menschen einigermaßen gerecht verteilten Wohlstand zu fördern.

Hinzu kommt, dass Chinas KP weiterhin der ideologischen Vorstellung anhängt, sie könne mit Hilfe der Lehren von Marx, Engels und Lenin, vor allem auch derer Mao Zedongs, Deng Xiaopings und nunmehr Xi Jinpings den Verlauf weltgeschichtlicher wie auch innergesellschaftlicher Entwicklungen mit wissenschaftlicher Genauigkeit vorhersagen und beeinflussen. Allzu augenfällige Abweichungen in der Realität bergen stets das Risiko einer Erosion bzw. des Wegfalls der Machtgrundlage der Herrschenden – „geming“, Verlust des Mandats, ist der chinesische Ausdruck für Revolution. Von den Anforderungen des „himmlischen Mandats“ ist auch die KPCh und ihr Quasi-Alleinherrscher nicht ausgenommen.

Probleme im Innern

2022 kehrte die Covid-19-Pandemie nach China zurück, wo sie das Potenzial hat, bereits länger bestehende strukturelle Probleme im Innern zu verschärfen. So verlangsamt sich das wirtschaftliche Wachstum bereits seit Jahren, die lange gewohnten zweistelligen Zuwachsraten im Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehören längst der Vergangenheit an. Weniger als fünf Prozent pro Jahr sind die neuen Größenordnungen. Diese Entwicklung wird von der chinesischen Führung als Teil ihrer Abschottungspolitik gegen angeblich zu großer Einflüsse von außen bewusst in Kauf genommen. Allerdings trifft diese Strategie auf eine rapide alternde Gesellschaft, deren demographische Entwicklung als Folge der 1979 eingeführten und erst 2016 wieder aufgegebenen „Ein-Kind-Politik“ zu erheblichen sozialen Verwerfungen etwa bei der künftigen Finanzierung der Altersversorgung („growing old before getting rich“) oder bei der Geschlechterbalance (aufgrund der traditionellen Bevorzugung männlicher Nachkommen besteht in einer ganzen Generation ein erheblicher Mangel an weiblichem Nachwuchs) geführt hat. Hinzu kommt, dass sowohl im Bereich der privaten wie insbesondere auch der Staatsbetriebe nominelles Wachstum vielfach nicht durch größere Nachfrage, sondern durch die Aufnahme immer größerer Schulden generiert wurde. Der am Rande der Insolvenz taumelnde Immobilienkonzern „Evergrande“ steht dabei exemplarisch für die Probleme eines der größten Industriezweige der Volksrepublik.

Gähnende Leere am Glockenturm in Xi'an, in der Provinz Shaanxi, während des stadtweiten Lockdowns 2021, mit dem Ziel, einen erneuten Anstieg von COVID-19 zu verhindern.

Ein Propaganda-Plakat aus dem Jahr 1978 zeigt eine glückliche Kleinfamilie im Sinne der Ein-Kind-Politik Chinas.

Die Volksrepublik China betrachtet Taiwan als „unabtrennbaren Bestandteil des chinesischen Territoriums." Daher besteht die permanente Gefahr einer chinesischen Invasion.

Die Lockdowns in Industrie- und Handelszentren wie Shanghai führen auch zu erheblichen Kaufkraftverlusten im Land und damit zur weiteren Verschärfung einer ohnehin schon angespannten Situation.

Diesen Problemen versucht die Führung unter Xi Jinping unter dem Schlagwort der „dualen Kreisläufe" (shuangxunhuan) entgegenzuwirken, indem zum einen die innerstaatliche Wirtschaftsentwicklung (innerer Kreislauf) gestärkt und die Kooperation mit dem Ausland (äußerer Kreislauf) stärker an die Bedürfnisse der Volksrepublik angepasst werden sollen. Allerdings summierte sich der Außenhandel der Volksrepublik 2020 auf mehr als 4,6 Billionen US-Dollar, was knapp einem Drittel ihres Bruttoinlandsproduktes entspricht – mit der EU und den USA als den größten Handelspartnern. Eine derartige Verflechtung mit der globalen Wirtschaft lässt sich weder kurz- noch mittelfristig ohne erhebliche Auswirkungen auf die innere Entwicklung des Landes reduzieren oder gar auflösen. Das Konzept der „Doppelten Wirtschaftskreisläufe" stellt daher eine eher ungewisse Wette auf die Zukunft dar.

Auch die zunehmende Repression gegenüber der eigenen Gesellschaft und der gerade auch von Xi Jinping befeuerte aggressive Nationalismus werden immer mehr zu einer auch wirtschaftlichen Belastung: So verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Mitarbeiter internationaler Unternehmen in China schon vor der Pandemie erheblich. Die seither hinzugekommenen Restriktionen haben den Rückzug von ausländischen Unternehmen aus China

Portrait des Mitbegründers der Kommunistischen Partei und ehemaligen Staatspräsidenten Chinas Mao Zedong aus den späten 1950ern.

weiter beschleunigt. Das trotz unübersehbarer Fortschritte gerade im Bereich der Hochtechnologie immer noch von globaler Kooperation abhängige China stellt so selbst entscheidende Hürden für seine innere Entwicklung auf.

Außenpolitische Kursbestimmung

Ein wesentlicher Trend in der jüngeren Außenpolitik Chinas ist sein engeres Zusammenrücken mit der Russischen Föderation. Dies kann als eine Reaktion auf die von den USA unter Barack Obama seit 2011 („US pivot to Asia") und dann von Donald Trump besonders aggressiv betriebene Eindämmungspolitik („great power competition") gegenüber China verstanden werden. Andererseits bestehen enge Überlappungen im Denken autokratischer Regime und deren Ablehnung freiheitlicher Ordnungen, die sich nicht zuletzt in einer engen persönlichen Beziehung Xis mit Wladimir Putin zeigen.

Doch trotz der am Vorabend der Olympischen Winterspiele in Beijing

Seite 40, ¬Foto: picture alliance/Xinhua News Agency/Liu Xiao
Seite 41, Fotos: picture alliance/dpa/HPIC, imago images/Sovfoto/UIG; Infografik: Ideenhaus/Ralf Brendjes; Screenshot: Ideenhaus/Google Earth

HHQ

Foto: imago images/Xinhua/Li Tao

Der Präsident der Volksrepublik China, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission Xi Jinping bei einer Militärparade zum 90. Gründungsjubiläum der Volksbefreiungsarmee in der Zhurihe Trainingsbasis, Nordchina, autonome Region der Inneren Mongolei, Juli 2017.

am 4. Februar 2022 ausgerufenen „Partnerschaft ohne Grenzen“ besteht zwischen China und Russland keine Allianz und vor allem keine unverbrüchliche Schicksalsgemeinschaft.

Chinas Kerninteresse ist weiterhin das seiner inneren Entwicklung, auch als Grundlage für den Machterhalt der KPCh. Russlands Krieg gegen die Ukraine kann China in dieser Hinsicht nur schaden. Unabhängig davon, was die chinesische Führung vor dem 24. Februar 2022 ahnte, wusste, verdrängte oder tatsächlich nicht wusste: China unter Xi steht entweder als naiv, als Komplize oder als überrumpelter Partner da. Keine Möglichkeit wirft ein gutes Licht auf China als verantwortliche Großmacht.

Vollkommen unterschätzt dürfte China die Verteidigungsbereitschaft und -kraft der Ukraine haben, ebenso wie die Geschlossenheit des westlichen Lagers und die ablehnende Reaktion weitester Teile der Staatengemeinschaft in der Resolution der VN-Generalversammlung am 2. März 2022. Für China wirkt Russlands Aggression in der Ukraine zudem als Augenöffner zu einem Problem, welches es gerne seiner innerstaatlichen Sphäre zuordnet: dem Umgang mit Taiwan. Das flächendeckende Versagen der russischen Streitkräfte in der Kriegsführung gegen einen unterlegenen Gegner ist dabei ein Aspekt. Chinesische Militärstrategen analysieren das russische Vorgehen sehr genau und setzen es in Beziehung zu den ungleich größeren Herausforderungen der Invasion einer Insel, die im Wesentlichen aus Gebirgen und städtischen Zentren besteht – ein Alptraum für jeden Invasoren. Vor allem aber geht es um die Frage, wie „Schwestern und Brüder befreit oder heimgeholt“ werden können. Ein Mariupol-Szenario in Taipei oder Kaoshiung wäre der chinesischen Gesellschaft nicht vermittelbar und würde die internationale Reputation der Volksrepublik weiter schwer erschüttern.

Vollkommen unterschätzt dürfte China die Verteidigungsbereitschaft und -kraft der Ukraine haben.

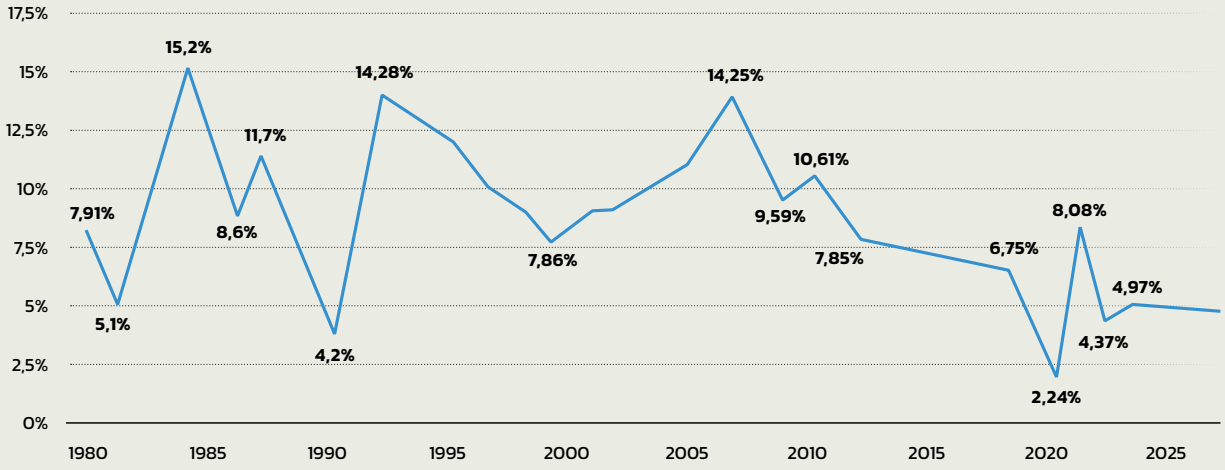
China kann daher an einer dauerhaften Unterstützung Putins und seines nach außen und möglicherweise zunehmend auch nach innen delegitimierten Systems nicht interessiert sein, auch wenn kurzfristig eine günstige Verfügbarkeit russischer Energie und Rohstoffe winken. Vielmehr wird sich die Führung in Beijing überlegen müssen, mit welchen Partnern es seine Interessen möglichst langfristig und ertragreich verfolgen kann.

Ausblick: Ein „New Deal“ mit China?

An dieser Stelle können sich für den politischen Westen neue politische Ansatzpunkte ergeben: Die Weltpolitik befindet sich im Übergang zu einer neuen (multipolaren) Ordnung, deren genaue Umrisse noch nicht feststehen. Für diese Transitionsphase müssen zwischen den Akteuren des internationalen Systems ein gemeinsames Set von zumindest basalen Regeln ausgehandelt werden, die Kooperation auch über Systemgrenzen hinweg ermöglichen und die Gefahr von Kriegen wie dem durch Russland reduzieren. Eine solche Ordnung wird nicht ohne oder gegen China erreichbar sein, geschweige denn die erwünschte Reichweite haben; zudem ist die weiterhin in

Kräne und Container im Hafen von Taicang in Suzhou, Provinz Jiangsu, im Osten der Volksrepublik China.

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) Chinas von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027



Quelle: IIMF, ©Statista 2022

einer schwierigen Entwicklungsphase steckende Volksrepublik selbst an einem stabilen internationalen System besonders nachdrücklich interessiert. In dieser Situation könnten die USA und ihre Verbündeten China einen „New Deal" hinsichtlich der Einbindung in die Arbeit an einem neuen internationalen Regelwerk anbieten.

Dabei muss es sich ausdrücklich nicht um den Versuch zur Schaffung einer globalen Wertegemeinschaft handeln. Vielmehr sollten die gemeinsamen bzw. komplementären Interessen im Vordergrund stehen, die vom Klima über die nachhaltige Entwicklung und den Welthandel bis hin zur Bewahrung von Frieden und internationaler Sicherheit reichen. Dem Einwand, dass China dann hinsichtlich seines Umgangs mit den Menschenrechten freie Hand habe, ist zweierlei entgegenzuhalten: Erstens haben sich westliche Staaten in den Jahren des Booms ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China wenig um das Los der seit Jahrzehnten verfolgten Uiguren oder die Rechte etwa von chinesischen Minenarbeitern, die seltene Erden förderten und jedes Jahr zu Tausenden bei Unglücken starben, gekümmert. Auch wurde und wird über gravierende Menschenrechtsverletzungen in mit dem Westen verbundenen Autokratien wie Qatar oder Saudi-Arabien gerne hinweggesehen. Es kann also gefragt werden, wie ernst es dem Westen tatsächlich mit seinem Eintreten für die Menschenrechte ist. Vor allem aber wäre, zweitens, eine solche interessenbasierte Ordnung der Alternative einer „great power competition" dahingehend überlegen, als sie einer weiteren Fragmentarisierung der internationalen Beziehungen auf der Basis von Nullsummen-Spielen vorbeugen würde. Eine kooperative Rivalität bewahrt grundsätzlich noch Zugänge zueinander und würde gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, das Thema der Menschenrechte konstruktiv zu thematisieren, indem sie als ein erklärtes Ziel im Korb gemeinsamer Interessen definiert werden, aber nicht als politisches Instrument der Abschottung missbraucht werden.

Ein solcher „New Deal" hat keine Garantie auf Erfolg. Angesichts der realen Gefahr eines Zerfalls der Welt in rivalisierende Machtblöcke, sollte ein solcher Versuch aber ernsthaft unternommen werden. Im besten Falle könnte er China einen Weg aus seinen zahlreichen Dilemmata und hin zu einer verantwortungsvollen Großmacht aufzeigen.

Lesetipp:

Sven Bernhard Gareis (2022): **Die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas. In: Michael Staack (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik: Studienbuch. 6. Auflage, München.** (Im Erscheinen; dort auch zahlreiche Quellen- und Literaturverweise).

Prof. Dr.
Sven Bernhard Gareis

leitet seit 2018 im NATO HQ in Brüssel die Defence Education Programme mit eurasischen/asiatischen Partnern und lehrt Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

Seite 44, Foto: picture alliance/CFOTO
Seite 45, Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann; Foto: privat

Putins falscher Feldzug

Die sicherheitspolitische Diskussion in Russland

Im November 2021 hatte Präsident Putin das russische Außenministerium, wie schon zuvor das Verteidigungsministerium, angewiesen, der NATO und den USA die „roten Linien“ aufzuzeigen, deren Überschreiten Russland nicht hinnehmen werde. Der Westen müsse gezwungen werden, „auf das Schüren von Konflikten an unseren westlichen Grenzen zu verzichten“. Gleichzeitig begann Moskau, seine Truppen entlang der Ukraine zusammenzuziehen.

Foto: imago images/ZUMA Wire/Mateusz Slodkowski

von Aschot Manutscharjan

Die Experten der Sicherheitspolitik in Russland diskutierten die Folgen der neuen Doktrin, mit der „Spannungen gegenüber der NATO erzeugt“ und ein möglicher Angriff auf die Ukraine vorbereitet wurden.

Diplomatischer Blitzkrieg gescheitert

Der Direktor des regierungsnahen Russischen Rates für Internationale Politik, Andrej Kortunow, kritisierte einen Monat vor Kriegsbeginn den „diplomatischen Blitzkrieg“ Russlands. Dabei ging es um die Moskauer Forderung, wonach die USA schriftlich bestätigen sollten, dass künftig kein weiterer Staat der NATO beitreten würde. Kortunow bezeichnete die russische Propaganda als verlogen: nicht die Nordatlantische Allianz habe die postsowjetischen Republiken „an sich gefesselt.“ Vielmehr hätten diese Staaten ihre Teilnahme an der „euro-atlantischen Sicherheitsstruktur“ geradezu vorangetrieben. Abgesehen davon verfolge Brüssel nicht das Ziel, die Ukraine und Georgien als Mitglieder aufzunehmen.

Seit Januar 2022 deuteten die Reden Putins und Lawrows darauf hin, dass der Kreml die Anerkennung der beiden separatistischen „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk plante; zudem sollte ein

↑ *Präsident Vladimir Putin spricht zum Volk in Moskau, Russland am 21. Februar 2022.*

Militärpakt geschlossen werden. Tatsächlich war es am 22. Februar soweit: Zwei Tage vor Kriegsbeginn gegen die Ukraine erkannte Präsident Putin beide „Volksrepubliken" als unabhängige Staaten an. Direkt danach drohte Putin dem Westen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, sollte er sich in den russisch-ukrainischen Konflikt einmischen.

Nukleare Bedrohung

Präsident Putin hatte damit die „Militärdoktrin Russlands" vom 5. Februar 2010 „aktualisiert". Artikel 22 lautet: „Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und (oder) ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die Russische Föderation, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät. Die Entscheidung über den Kernwaffeneinsatz trifft der Präsident der Russischen Föderation." Dagegen stellte Alexej Arbatow in der in Moskau erscheinenden Zeitung „NG-Diplomatischer Kurier" klar, dass keine der beiden Voraussetzungen für den Einsatz von Atomwaffen vorliegen würde. Der Direktor des Zentrums für internationale Sicherheit der Russischen Akademie der Wissenschaften bekräftigte: „Russland wurde weder nuklear noch auf eine andere Art und Weise angegriffen." Zugleich widersprach er den Forderungen russischer Politiker, auch den letzten verbliebenen Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (New START und START II) zu kündigen. Denn „in diesem Fall könnten die USA ihre strategischen Nuklearstreitkräfte sofort verdoppeln und anstelle der aktuellen Parität eine essentielle Übermacht aufbauen". Indem der Kreml-Herrscher darauf verweist, die Ukraine könnte in den Besitz von Atomwaffen gelangen und damit Russland bedrohen, will er, laut Arbatow, vor allem die Bevölkerung verunsichern und seine „Militäroperation" rechtfertigen.

Die Ukraine ist nicht Russland

Präsident Putins Namensartikel „Über die historische Einheit der Russen und

Seite 48, Fotos: picture alliance/AA/Handout/Kremlin Press Service, picture alliance/SOPA Images/ ZUMA Press/Matthew Hatcher
Seite 49, Fotos: imago images/imago stock&people/Xinhua, picture-alliance/dpa/epa

↑ *Proben für die Militärparade zum 9. Mai - Tag des Sieges - in Moskau.*

Ukrainer“ vom 12. Juni 2021 oder seine Rede vom 21. Februar 2022 enthalten das ideologische Fundament seiner aggressiven Anschlusspolitik gegenüber dem „Brudervolk“. Dabei lautete bereits 2003 der Titel des auf Russisch in Moskau erschienenen Buches des zweiten ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma „Die Ukraine ist nicht Russland“. Putin hätte dieses Werk lesen sollen. Dann hätte er vielleicht verstanden, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer für ihre Unabhängigkeit kämpfen würden, um der ungeliebten „Moskowiter-Herrschaft“ zu entgehen. Stattdessen zog es der Kreml-Herrscher vor, sich als Historiker zu gerieren. So wollte er beweisen, dass die Ukraine kein Recht auf einen eigenen Staat habe und überhaupt keine Nation sei. Die Ukrainer und Russen gehörten demselben Volk und derselben Zivilisation an. Sie teilten die gleichen traditionellen Werte, die ihnen der liberale Westen mit Unterstützung von Nazis wegnehmen wolle. Aus diesem Narrativ entstand das Kriegsziel der „De-Nazifizierung“ der Ukraine.

↑ *Unterzeichnung START-II-Vertrag zur Reduzierung der Zahl interkontinentaler atomarer Sprengköpfe bis zum Jahr 2003: Der russische Präsident Boris Jelzin (r) und der scheidende US-Präsident George Bush am 3. Januar 1993 im Wladimirsaal des Moskauer Kremls.*

Kritischer Diskurs

Putins Kriegsvorbereitungen entlang der ukrainischen Grenzen führten vor Kriegsbeginn zu einer lebendigen und aus heutiger Sicht erstaunlich kritischen Diskussion der Experten in Russland. So machte sich Alexander Chramtschichin vom Institut für Militäranalyse am 4. Februar 2022 in der „Unabhängigen Militärrundschau“ über Putins Kernthese lustig, wonach die NATO Russland bedrohe und angreifen werde. Wenn die NATO dies hätte tun wollen, wäre dies bereits in den vergangenen 30 Jahren geschehen, als Russlands Armee schwach

← *Chaos, Zerstörung und Tote in Bucha, einem Vorort der ukrainischen Hauptstadt Kiew am 3. April 2022. Die große Anzahl ziviler Opfer und die Art und Weise, wie sie zu Tode gekommen sind, führt nach Abzug der russischen Truppen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen.*

↑ *Russische Truppen hatten die tschetschenische Hauptstadt Grosny Anfang Februar 2000 erobert. Nach Angaben des russischen Kaukasus-Oberkommandos hielten sich immer noch etwa 400 gut bewaffnete Rebellen in der Ruinenstadt auf. Hier sprengen russische Soldaten Mitte Februar 2000 verminte Häuser Grosnys in die Luft.*

war. Stattdessen hätten viele NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben gekürzt. Erst seit der Krim-Annexion im Jahr 2014 hätten die NATO-Staaten wieder mehr für Verteidigung ausgegeben; tatsächlich habe die Allianz jedoch den NATO-Russland-Pakt befolgt. Auch bei den NATO-Kontingenten im Baltikum handele es sich „eher um symbolische Einheiten, die für die Aggression gegen eine Nuklearmacht ungeeignet" seien, argumentierte der Militärexperte. Als Grund für Putins Politik gibt Chramtschichin an, dass man „im Kreml vollständig den Draht zur Realität verloren hat und an die eigene Propaganda glaubt." Der Militärexperte empfahl seiner Führung keinen Krieg gegen die Ukraine zu beginnen.

Kein Spaziergang

Die Mehrheit der Moskauer Militärexperten hielt die ukrainische Armee für schwach. Dagegen beurteilte Oberst a. D. Michail Chodarönok, ebenfalls in der „Unabhängigen Militärrundschau" am 4. Februar 2022, sowohl die Stimmung in der Bevölkerung als auch die militärische und politische Lage im Nachbarland völlig anders. Chodarönok hatte früher als Abteilungsleiter in der Hauptverwaltung Operationen des Generalstabstabes des russischen Verteidigungsministeriums gearbeitet. 20 Tage vor Kriegsbeginn warnte er vor den Konsequenzen eines „hypothetischen Krieges". Chodarönok gab zu bedenken, dass bereits im Jahr 2014 Präsident Putins Plan „Novorussia" gescheitert war. Damals hatte sich sogar die russischsprachige Bevölkerung im Südosten der Ukraine gegen die „russischen Befreier" gestellt.

Die angebliche militärische Schwäche der Ukraine gegenüber Russland werde in einem künftigen Krieg keine Rolle spielen. Die afghanische Opposition oder die tschetschenischen Kämpfer hätten überhaupt keine Hubschrauber gehabt, erinnerte der Militärexperte Michail Chodarönok. Dennoch hätten beide Kriege die Sowjetunion bzw. Russland viele Opfer gekostet. Im Falle der Intervention Russlands in der Ukraine werde der Westen der ukrainischen Armee moderne Waffen liefern. „Es wird zu keinem Blitzkrieg kommen," fügte er hinzu. Die Ukraine ist so groß wie Frankreich und hat 40 Millionen Einwohner. In

Seite 50, Foto: picture-alliance/dpa/epa
Seite 51, Fotos: imago images/ITAR-TASS/Sergei Fadeichev, imago images/ZUMA Wire/NTC

„Putin schlachtet nicht nur das ukrainische Volk ab, sondern auch das russische. Er weckt die niedrigsten Gefühle des Volkes, er schneidet ihnen den Zugang zum Westen und zum Rest der Welt ab. Es ist Putins Krieg, er hat den Angriffsbefehl erteilt.“

Dmitry Glukhovsky, russischer Schriftsteller

↑ *Russische Polizisten nehmen am 6. März 2022 Zivilisten fest, die gegen die „besondere Militäroperation“ in der Ukraine demonstrieren.*

↑ *Marina Ovsyannikova, Journalistin des russischen Fernsehkanals ONE, hält während der Abendnachrichten ein Poster in die Kamera. Auf dem steht: „Stoppt den Krieg. Glaubt die Propaganda nicht. Die Nachrichtensender lügen.“*

diesem Krieg wird „die russische Armee auf viele Stalingrads und Groznyjis treffen,“ betonte der Militärexperte. Die Ukrainer würden in ihren Städten und den Wäldern Widerstand leisten und der Besatzung einen heftigen Partisanenkampf liefern. Michail Chodarönoks Fazit: „Der militärische Konflikt mit der Ukraine entspricht in keiner Weise den nationalen Interessen Russlands.“

Putins Krieg

Am 24. Februar 2022 um 6 Uhr Moskauer Zeit verkündete Präsident Putin dem russischen Volk den Beginn der „Militäroperation“ gegen die ukrainischen „Nazis“. Ziel sei es, die Ukraine zu entmilitarisieren. Einmütig kritisierten die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien in Russland den Krieg, bevor sie eingestellt wurden.

Die ersten Reaktionen der Russen auf den russischen Angriff auf die Ukraine waren Schockstarre und Erschrecken. „Ich schätze, dass nur bis zu zehn Prozent der unter dem Einfluss der staatlichen TV-Propaganda stehenden Menschen patriotische Neigungen verspürten“, sagte der aktuell bekannteste russische Schriftsteller, Dmitry Glukhovsky, dem Autor dieses Artikels.

„Die Elite wurde vom Beginn des Krieges genauso überrascht wie das Volk. Es handelt sich nicht um einen Krieg Russlands, des russischen Volkes oder der politischen Klasse Russlands. Alle werden durch den Krieg in Haftung genommen und Schaden nehmen“, betont Glukhovsky. Er macht „Putin persönlich“ für diesen Krieg verantwortlich. „Putin schlachtet nicht nur das ukrainische Volk ab, sondern auch das russische. Er weckt die niedrigsten Gefühle des Volkes, er schneidet ihnen den Zugang zum Westen und zum Rest der Welt ab. Es ist Putins Krieg, er hat den Angriffsbefehl erteilt“.

In ihrem letzten Bericht vor ihrer Schließung gelang es der renommierten Denkfabrik „Moskauer Carnegy Zentrum“ die Sitzung des Sicherheitsrates Russlands vom 21. Februar zu analysieren und den Beginn eines neuen Kalten Krieges zu konstatieren. Wie schon oft habe Putin die „gekränkte Verletzbarkeit“ des russischen Volkes und die Opferrolle der Russen betont, schrieb Alexander Baunow. Tatsächlich gehe es Putin aber nur um die Fortsetzung seiner Alleinherrschaft nach 2024, meinte Andrej Perzew, Journalist der verbotenen Internet-Zeitung „Medusa“. „Warum haben die Experten nicht an die Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit der Ukraine geglaubt?“, fragte Iwan Timofeew, Programmdirektor des Russischen Rates für internationale Politik. „Angesichts der kolossalen Schäden für Russland konnten wir einfach nicht glauben, dass der Kreml eine so falsche Entscheidung treffen würde,“ meinte der bekannte Wissenschaftler. „Dass Russland einen Krieg beginnen werde, habe man in Moskau

Geschätzte Einnahmen von

280

Milliarden US-Dollar

würde der russische Haushalt im Falle eines vollständigen westlichen Embargos auf die russischen Öl- und Gasexporte verlieren.

Ölförderpumpen von Yamashneft, Nähe Yamashi im Almetyevsk Distrikt, Tatarstan. Tatneft fördert Öl und Gas und fertigt petrochemische Produkte, April 2022.

Protest vor den Gebäuden der EU-Institutionen mit dem Ziel, ein europäisches Ölembargo für Russland zu erreichen. Tausende brennende Kerzen bilden das Zeichen des Friedens. Brüssel am 22. März 2022.

als eine gezielte Kampagne von Russophoben gewertet, die Russlands Ruf absichtlich zerstören wollen." Bereits in einer Analyse vom 25. November 2021 hatte Timofeew prognostiziert, dass eine Intervention in der Ukraine eine diplomatische Isolierung Russlands mit harten Sanktionen zur Folge haben würde.

Sicherheitspolitisch führe dieser „Konflikt" – Timofeew darf das Wort Krieg nicht verwenden – „zu einer bedeutenden Stärkung der NATO-Militärpräsenz in Osteuropa. Sogar Deutschland hat sich für eine Remilitarisierung entschieden." Damit habe es die Politik des Kremls erreicht, dass die Deutschen ihre „Nachkriegskomplexe" überwinden und zusammen mit der NATO „eine mächtige Militärmacht mit Abschreckungswirkung gegenüber Russland" bilden würden.

Zwischen Venezuela und Iran

Noch kritischer fallen die Stimmen der russischen Wirtschaftsexperten aus, die sich mit den Folgen der Sanktionen für die heimische Wirtschaft beschäftigen. Im Falle eines vollständigen westlichen Embargos auf die russischen Öl- und Gasexporte würde der Haushalt jährlich Einnahmen in Höhe von 280 Milliarden US-Dollar verlieren, schätzt Andrej Mowtschan. Kämen weitere Sanktionen hinzu, falle die russische Gesellschaft auf eine Stufe zwischen Venezuela und Iran zurück. Gewinner der Entwicklung werde die Volksrepublik China sein, betont der Wirtschaftsexperte Wladislaw Inosemzew. Moskau werde gezwungen sein, den Chinesen russisches Öl und Gas zu Ramschpreisen zu verkaufen. Für seine Importe könne Russland nicht mehr bezahlen, da die russischen Banken von der Weltwirtschaft abgetrennt seien. „Alle Autofabriken werden stillgelegt. Aber letztendlich wissen wir noch nicht, wie tief wir fallen. Es geht nur noch abwärts." Einen Binnenmarkt wird Russland weiter haben, „aber die Repressionen werden stärker werden."

Diktatur

Am 16. März 2022 erklärte Präsident Putin alle Kritiker seiner Politik zu „National-Verrätern", zu „Abschaum" und zur „Fünften Kolonne". Dagegen wertet der Schriftsteller Dmitry Glukhovsky Putins Politik als Beginn „einer totalitären Diktatur, die auf Angst und Lügen basiert."

Lesetipp:

Serhii Plokhy (2022):
Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde, Rowohlt, Mai 2022.

Sergej Gerassimow (2022):
„Feuerpanorama – Ein ukrainisches Kriegstagebuch", dtv, München, Juni 2022.

Diesen Artikel können Sie online nachhören.

Dr. Aschot L. Manutscharjan

ist Experte für internationale Sicherheitspolitik. Der Politikwissenschaftler nahm bis 2000 einen Lehrauftrag für Politische Wissenschaften an der Universität Bonn wahr. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen über Russland, die Kaukasus-Region und Zentralasien hervorgetreten.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

Seite 52, Foto: imago images/ITAR-TASS/Yegor Aleyev
Seite 53, Fotos: imago images/Agencia EFE/F.H. Ginel, imago images/Willi Schewski

Der andere 20. Juli

Wie Deutschland mit dem „Preußenschlag" 1932 die Demokratie demontierte

↑ *Polizei nach Verhängung des Ausnahmezustandes beim „Preußenschlag", Berlin.*

Der 20. Juli ist ein Schlüsseldatum der deutschen Geschichte: Zum einen – im Jahre 1944 – ist er bekannt als letzte Chance, die NS-Diktatur zu beseitigen. Zum anderen – im Jahre 1932 – gilt er als Markstein zur Preisgabe der Demokratie in der Weimarer Republik. Der 20. Juli 1932 als Tag des „Preußenschlages", auch als Staatsstreich in Preußen bekannt, ist heute fast in Vergessenheit geraten, obwohl er letztlich den Weg zur NS-Machtergreifung ebnet. Überdies sind der 20. Juli 1932 und der 20. Juli 1944 aufeinander bezogen. Das „Wie" und das „Warum" sollen hier erklärt werden.

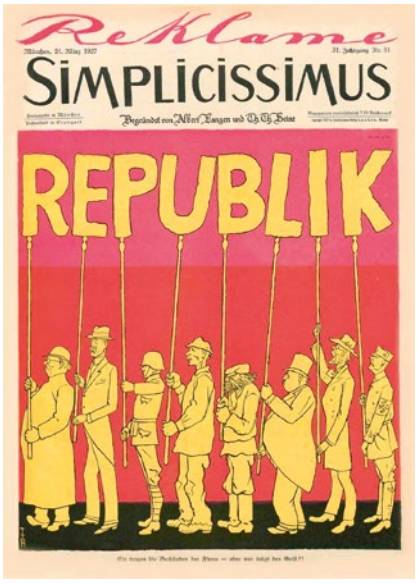
von Peter Popp

Betrachtet man in Rückschau die Weimarer Republik, so ist es erstaunlich, dass diese nicht schon 1923 den politischen Tod gestorben ist. Die demokratische Ordnung überlebte in diesem Jahr mehrere existenzbedrohende Rückschläge: die französisch-belgische Ruhrbesetzung, die Hyperinflation, den Hitler-Ludendorff-Putsch, den kommunistischen Aufstand in Hamburg-Barmbek nebst den beiden Regierungsbeteiligungen der Kommunisten in Sachsen und Thüringen sowie den rheinländischen und den bayerischen Separatismus. Garanten für das Überleben der Republik waren zwei „Persönlichkeiten" in Gestalt des 100-Tage-Reichskanzlers Gustav Stresemann und des Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Garanten waren auch die letztlich praktizierte Loyalität der Reichswehr gegenüber der Reichsregierung und – nicht zuletzt – Preußen.

Von 1920 bis 1932 zeichnete sich das flächenmäßig größte Land durch eine stabile Regierungskoalition aus Sozialdemokratie, Deutscher Zentrumspartei und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei (DDP) unter Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) aus. Dessen Verfassung enthielt ein konstruktives Misstrauensvotum, womit eine abgewählte Regierung solange geschäftsführend im Amt blieb, bis eine positive parlamentarische Mehrheit zustande kam. Genau diese kam nach den preußischen Landtagswahlen vom 24. April 1932 nicht zustande.

Preußen, wohlgemerkt das demokratische Preußen, wurde repräsentiert durch Ministerpräsident Otto Braun (SPD) – seit 1920 mit einer Regierungs- koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei. Es war von Stabilität gekennzeichnet und gerade

↑ *Nach einem Wahlplakat von Friedrich Ahlers.*



↑ *Illustration aus dem Jahr 1927 zeigt die unterschiedlichen Milieus der Weimarer Demokratie mit dem Kommentar: „Sie tragen die Buchstaben der Firma, aber wer trägt den Geist?"*

deshalb den Vertretern des antidemokratischen („deutschnationalen") Preußen ein Dorn im Auge. Für die Substanz Deutschlands war Preußen überhaupt von elementarer Bedeutung: das 1918/19 als Nationalstaat erhalten gebliebene Deutsche Reich war nicht mehr so preußisch geprägt wie es vor 1918, also zu Zeiten der Monarchie, der Fall gewesen war. Doch Preußen umfasste trotz der deutschen Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag noch immer etwas weniger als zwei Drittel des Reichsgebietes und ziemlich exakt zwei Drittel der deutschen Staatsbürger.

Seite 54, Foto: Deutsches Historisches Museum
Seite 55, Fotos: Alamy Stock Photo/Danvis Collection, bkp/Geheimes Staatsarchiv/SPK nach einem Wahlplakat von Friedrich Ahlers

↑ *Wahlplakat der Sozialdemokraten von 1924.*

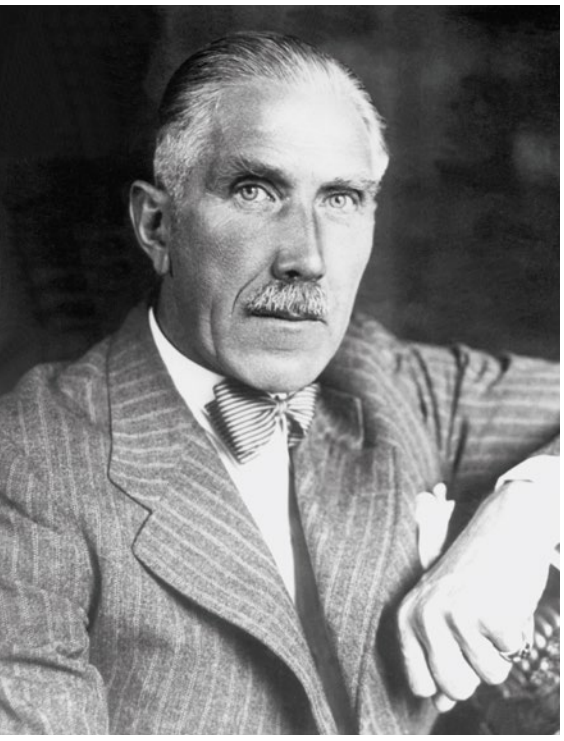
Das heißt, es lag im föderalistischen Sinne eine Schieflage vor, die nur durch eine Reichsreform hätte gelöst werden können. Dies mit einem ungewissen Ausgang für die Stabilität des deutschen Nationalstaates überhaupt. Denn dieser befand sich als „Überlebender des Ersten Weltkrieges" taumelnd im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Die Hyperinflation von 1923 und die Weltwirtschaftskrise schufen ökonomische Verwerfungen in einer Klassengesellschaft, deren Teile sich noch immer sehr schwertaten, im friedlichen Ausgleich durch Kompromiss zueinander zu finden.

Die Regierungsbildungen auf Reichsebene legen davon eindringlich Zeugnis ab: die Durchschnittsdauer eines Kabinetts betrug auf Reichsebene 14 Monate. Seit 1923 hatte es die Sozialdemokratie vorgezogen, die Oppositionsrolle wahrzunehmen; mehr noch, sich in sie zu flüchten. Dies änderte sich 1928: die Große Koalition der Jahre 1928-30 mit der Spannbreite von der Sozialdemokratie über das Zentrum zu den Rechtsliberalen bildete die Ausnahme. Sie umfasste alle Kräfte, die der Republik nicht ablehnend gegenüberstanden und zugleich doch zum Kompromiss letztlich unfähig waren. Sozial- und wirtschaftspolitisch „Diversity pur". Die sozialpolitischen Differenzen der Koalitionspartner zerstörten den Sozialstaat in seiner Substanz. Die Große Koalition zerbrach im Frühjahr 1930. Die Reichstagswahlen dann im Herbst dieses Jahres, vollauf im Schatten der Weltwirtschaftskrise, bedeuteten ein absolutes Desaster für die demokratischen Kräfte: die NSDAP wuchs von 12 auf 107 Reichstagsmandate an.

Eine fragile parlamentarische Mehrheit der Demokraten wäre noch immer möglich gewesen, wenn nicht die Sozialdemokratie aus Angst vor Stimmenverlusten an die Kommunisten die Rolle der immerhin konstruktiven Oppositionspartei bevorzugt hätte. Sie wäre vor allem dann möglich gewesen, wenn eine grundsätzliche sozialpolitische Konsensfähigkeit von der Sozialdemokratie bis tief ins rechtsliberale Spektrum hinein bestanden hätte. Doch das war überhaupt nicht der Fall. Parteipolitisch bestimmte Interessenpolitik rangierte vor staatspolitischer Verantwortung. Dem Reichskanzler Hermann Brüning (Zentrum) - rechtsstaatlich orientiert, jedoch kein Freund des bislang so in der Weimarer Republik praktizierten Parlamentarismus - blieb keine andere Wahl, als gestützt auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten gemäß Art. 48 II WRV zu regieren. Fortan hing es allein vom hochbetagten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ab, als verfassungsloyaler Entscheidungsträger politische Stabilität zu schaffen. Dazu war er letztlich als Angehöriger des Ancien Régime, d.h. als Herzensmonarchist, nicht in der Lage.

Manche Historiker halten das Ende der Weimarer Republik deshalb nicht erst 1932/33, sondern bereits 1930 für gekommen. Gleichwie, Deutschland entwickelte sich von einer parlamentarischen zu einer präsidialen Demokratie, und dies mit ungewisser Zukunft. Das Parlament war paralysiert, Politik

Seite 56, Foto: Alamy Stock Photo/public domain sourced/access rights from UtCon Collection
Seite 57, Fotos: picture alliance/dpa, picture alliance/akg-images



↑ *Der ehemalige Reichskanzler (1932) Franz von Papen.*

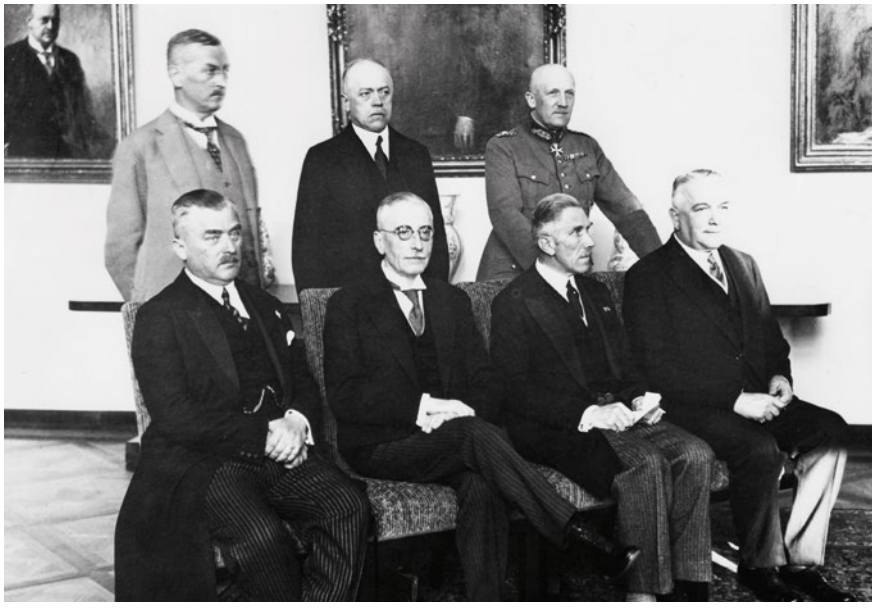
fand zunehmend gewaltsam auf der Straße und in Hinterzimmern einflussreicher Lobbyisten statt, während die Zahl der Arbeitslosen auf über 6 Mio. schnellte.

Hindenburg, dessen Wiederwahl zum Reichspräsidenten im April 1932 nur durch die Anhänger von Sozialdemokratie, Zentrum und den Linksliberalen ermöglicht wurde, ließ Ende Mai 1932 Heinrich Brüning als Reichskanzler fallen. Die Reichswehr in Gestalt des Generals Kurt von Schleicher spielte dabei eine entscheidende Rolle. Brünings Nachfolger wurde Franz von Papen. An die Macht kam „das Kabinett der Barone“, dessen Regierungsfähigkeit mit den Reichstagswahlen von Juli und November 1932 völlig in Abrede gestellt war: es gab eine absolute parlamentarische Mehrheit gegen dieses Kabinett.

Man kann den Sturz Brünings zu Recht politischen Verrat nennen. Dieser wurde durch die Netzwerkarbeit all der Personen ermöglicht, die unter antiparlamentarisch-neokonservativer Perspektive die demokratische Festung Preußen mittels Entmachtung der dortigen geschäftsführenden Regierung zu durchbrechen suchten. Was Hindenburgs Rolle dabei betrifft, so mag bei ihm tiefenpsychologisch eine Rolle gespielt haben, dass er sich schuldig fühlte, am Ende der Monarchie im Oktober/November 1918 mitbeteiligt gewesen zu sein. Materiell spielte eindeutig der eklatante Subventionsbetrug in Hindenburgs gesellschaftlichem gutsherrlichen Umfeld, (Stichwort „Osthilfe“), der durch die Regierung Brüning freigelegt wurde, eine Rolle.

Wie bereits angesprochen: unter ruhigen politischen Verhältnissen wäre die Zukunft Preußens über kurz oder lang Gegenstand der politischen Tagesordnung geworden. Die föderale Struktur Deutschlands war – dies ein Erbe des Kaiserreichs! – tatsächlich unausgeglichen. Das Projekt „Reichsreform“ wurde als Vollendung der Weimarer Reichsverfassung allerdings nicht umgesetzt.

An die Macht kam „das Kabinett der Barone“, dessen Regierungsfähigkeit mit den Reichstagswahlen von Juli und November 1932 völlig in Abrede gestellt war: Es gab eine absolute parlamentarische Mehrheit gegen dieses Kabinett.



→ *Kabinett von Papen 1932: Sitzend v. l. Magnus Frhr. v. Braun (Ernährung), Wilhelm Frhr. v. Gayl (Inneres), Reichskanzler Franz v. Papen, Konstantin Frhr. v. Neurath (Äusseres), stehend v. l. Franz Guertner (Justiz), Hermann Warmbold (Wirtschaft), Kurt v. Schleicher (Reichswehr) am 2. Juni 1932.*

Die Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg über den Ausnahmezustand an den Litfassäulen. Der Ausnahmezustand in Berlin! Die preussischen Polizeiminister Severing, Grzesinsky, Dr. Weiss und Kommandeur Heimannsberg wurden von der Militärbehörde verhaftet und ihres Amtes enthoben.

Offen blieb: sollte Preußen „im Reich aufgehen“, wobei Deutschland dann auf Kosten des föderalen Prinzips zu einem Staat aus großen Verwaltungseinheiten geworden wäre, oder sollte Preußen in Gebiete aufgeteilt werden, die als künftige deutsche Bundesländer weiterleben sollten?

Mit dem „Preußenschlag“ Papens wurde nun abrupt eine Quasi-Reichsreform durchgezogen, indem preußische Landespolitik und Reichspolitik im Sinne des „Kabinetts der Barone“ synchronisiert wurden. Argumentativ wurde die Aktion begründet mit dem Vorwurf, die preußische Regierung Braun habe den von Kommunisten und Nazis initiierten Altonaer Blutsonntag am 17. Juli 1932 nicht in den Griff bekommen (Siehe hierzu auch „Aufgeschlagen“ auf S. 74). Gedeckt durch eine Notverordnung Hindenburgs und toleriert durch die Reichswehr, wurde Preußen mit dem Reich gleichgeschaltet, indem die geschäftsführende Regierung ihrer Kompetenz und Verantwortung enthoben wurde und ein Reichskommissar eingesetzt wurde. Dieser hieß Franz von Papen. Als dessen Stellvertreter und nunmehr neuer preußischer Innenminister fungierte der Essener Oberbürgermeister Franz Bracht. Die gewisse Ironie der Geschichte liegt darin, dass beide aus der katholischen Zentrumspartei stammten und so Zeugnis für die erodierende Geschlossenheit des politischen Katholizismus in Deutschland ablegten. Eine noch größere Ironie liegt darin, dass mit dem „Preußenschlag“ an die Verfassungspraxis des deutschen Kaiserreiches bis 1890 anzuknüpfen versucht wurde: denn Bismarck als Reichskanzler war zugleich auch preußischer Ministerpräsident gewesen. Nur: Papen war nicht Bismarck…!

Mit dem „Preußenschlag“ Papens wurde nun abrupt eine Quasi-Reichsreform durchgezogen, indem preußische Landespolitik und Reichspolitik im Sinne des „Kabinetts der Barone“ synchronisiert wurden.

Die Reichswehr trug es mit und verriet damit zugleich den Geist der Weimarer Reichsverfassung. Persönliche Loyalität und antidemokratisches Ressentiment wogen für sie mehr als die Verteidigung der Werteordnung der Weimarer Reichsverfassung. Wie denn auch sonst: andernfalls hätte sie ja gegen den eigenen Minister, den neuen Reichswehrminister Kurt von Schleicher (kurz zuvor als General der Infanterie noch Chef des Ministeramts der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium) putschen „müssen“! Dieser war seit Jahren ein Meister der politischen Intrige. Schleicher war nicht nur verantwortlich für den Sturz Brünings. Er gehörte zu den „Einflüsterern“ Hindenburgs. Er hatte damit Verantwortung sowohl für den Wechsel vom parlamentarischen zum präsidialen Regierungssystem wie dann auch für dessen Entdemokratisierung. Dies konnte nur geschehen, weil der Primat der Politik über das Militär explizit nicht galt und das Parlament sich selbst politisch bereits vor 1930 neutralisiert hatte.

Denn selbst als die Extremisten von rechts und links noch nicht stark genug waren, um mit destruktiver Mehrheit die Bildung einer Regierung zu verhindern, hatte der Reichstag mehrfach unter Beweis gestellt, dass er zur stabilen Regierungsbildung unfähig war. Kurzum, Schleicher agierte seit Jahren in einem Machtvakuum, welches zunehmend größer wurde.

Erstaunlich war, dass seitens der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen den Staatsstreich kein Widerstand geleistet wurde. Hier hatte man – nicht unbegründet – Skrupel vor einer Verschärfung der potenziellen Bürgerkriegssituation. Die legalistische Hoffnung, die am 31. Juli 1932 stattfindende Reichstagswahl würde es schon richten, zerstob wegen der Wahlgewinne der NSDAP. Rechtlich ging die Causa „Preußenschlag“ dann mit einer Klage der Regierung Braun und der süddeutschen Länder vor den Staatsgerichtshof in Leipzig, dessen Kompetenzen nicht mit denen des Bundesverfassungsgerichts gleichzusetzen sind. Der Staatsgerichtshof gab im Oktober 1932 beiden Seiten Recht. Die Einsetzung von Kommissaren wurde nicht als verfassungswidrig eingestuft. Das Urteil ist gerade deshalb umstritten, weil hier formalrechtlich argumentiert wurde und der materielle Kernbestand der Verfassung dabei aus den Augen geriet. Schließlich hatte das Kabinett Papen nicht die Absicht, die politische Ordnung auf der Basis der Verfassung weiterzuentwickeln. Es ging diesem um die Abschaffung der „Republik von Weimar“.

Die Folgen des „Preußenschlages“ wie die des Urteils des Staatsgerichtshofes waren fatal. Sie bilden ein Lehrstück

↑ *NSDAP-Wahlplakat zu den Reichstagswahlen am 14. September 1930.*

bei Beantwortung der Frage „Wie wird eine Demokratie ausgehöhlt?“. Die Reichsregierung hatte fortan auf Länderebene die Kontrolle über den

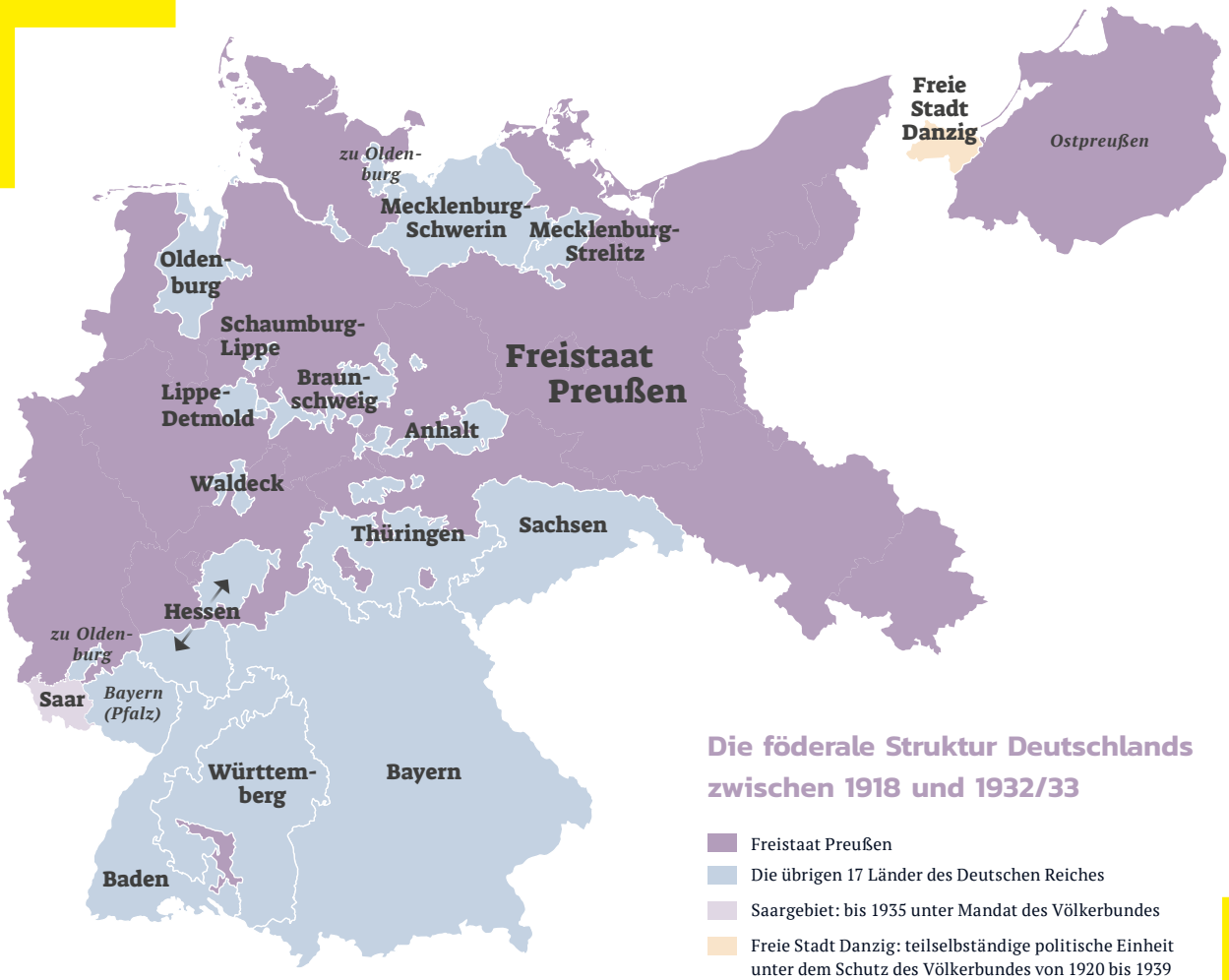
↑ *Die Führungsspitze der NSDAP im Hotel Kaiserhof nach der Ernennung Hitlers: v. r. Rudolf Hess, Heinrich Himmler, Richard Walter Darre, Hermann Göring, Ernst Roehm, Hitler, Joseph Goebbels, Hanns Kerrl, Wilhelm Kube, Otto Wagener; sitzend Wilhelm Frick am 30. Januar 1933.*

Seite 58, Foto: Bundesarchiv/Bild 102-13680/Georg Pahl
Seite 59, Foto: SZ Photo/SZ Photo, picture alliance/ullstein bild/Herbert Hoffmann

Staats- und Machtapparat des wichtigsten deutschen Flächenstaates inne. Ab Juli 1932 erfolgte eine verstärkte Säuberung der preußischen Beamtenschaft, d.h. die Entfernung demokratisch gesinnter Persönlichkeiten.

Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Papens „Preußenschlag“ das Handlungsmuster dafür bildete, wie effizient die föderale und demokratische Ordnung Deutschlands abgeschafft werden konnte, ohne die Verfassung formal außer

ein (Gleichschaltungsgesetze vom 3. März und 7. April 1933) und machten sodann im Wesentlichen in drei Schritten (Siehe Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934, gesetzliche Aufhebung des Reichsrats am 14. Februar 1934 und



Die föderale Struktur Deutschlands zwischen 1918 und 1932/33

- Freistaat Preußen
- Die übrigen 17 Länder des Deutschen Reiches
- Saargebiet: bis 1935 unter Mandat des Völkerbundes
- Freie Stadt Danzig: teilselbständige politische Einheit unter dem Schutz des Völkerbundes von 1920 bis 1939

Quelle: Putzger – Historischer Weltatlas, 89. Auflage, 1965

Eine konservativ-autoritäre Wende war damit vollzogen, ungeachtet der Tatsache, dass die Regierung Papen wie die ihr nachfolgende Regierung Schleicher auf absolut keinen parlamentarischen Rückhalt zählen konnte.

Am wichtigsten aber ist, dass bereits vor dem 30. Januar 1933, dem Tag der

Kraft zu setzen! Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg sollte damit umso leichter geschehen. Die Nazis sollten denn auch die Länder nicht in einem Schlage abschaffen. Sie setzten im Frühjahr 1933, gestützt mit dem Mittel staatlichen Terrors, Reichskommissare

Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935) die Länder zu bloßen Weisungsempfängern des Reiches. Die Partei (NSDAP) bemächtigte sich des Staates: die NS-Gaue traten an die Stelle der Länder, die nunmehr als bloße geographische Bezeichnungen an die föderale Vergangenheit erinnerten.

Föderale Struktur auch für den Widerstand vom 20. Juli 1944 bedeutend

In ihrer Regierungserklärung hieß es zur föderalen Ordnung Deutschland unter Punkt 7 wörtlich: „Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer Verfassung. Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns alle vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig verkündet wird. An sie sind auch wir gebunden. Preußen geht im Reich auf.

Die preußischen Provinzen werden ebenso wie die übrigen deutschen Länder, teilweise zusammengefaßt, Reichsgaue. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und Gemeinden wird an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewußter Führung des Reichs vereinbar ist. Echte Selbstverwaltung wird, sobald irgendwelche Wahlen möglich sind, wieder in Verbundenheit mit dem Volk hergestellt. Einstweilen wird durch vorläufige Anordnung dafür gesorgt, dass sie in ihre Verwaltungs- und Beratungskörper lautere Männer beruft und selbstverantwortlich arbeiten kann. In allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reichs durch Reichsstatthalter ausgeübt werden, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden sich gegenüber den Organen der Selbstverwaltung so weit wie möglich zurückhalten, aber ebenso tatkräftig für die Reichseinheit sorgen."

Diese Umwandlung war Mitgarant dafür, dass sich von innen heraus dieses Regime immer schwerer würde stürzen lassen. Entscheidend für einen Sturz des Regimes war die Rolle des Militärs – zumindest so lange, bis dieses nicht zu einem nationalsozialistischen Volksheer transformiert war. Die Ähnlichkeit mit dem „Preußenschlag" vom 20. Juli 1932 ist verblüffend. Auch dessen Gelingen oder Misslingen hing ab vom Militär!

Eine Reföderalisierung des Reiches bedeutete Punkt 7 der von Ludwig Beck und Carl Goerdeler entworfenen Regierungserklärung (s. Kasten) vorerst jedenfalls nicht, eher doch eine zentralistische Ordnung! Deutlich erkennbar ist, wie intensiv der 20. Juli 1944 hier auf den 20. Juli 1932 bezogen ist. Im Sinne der Sicherung der Demokratie in Deutschland taten 1948/49 die Väter und Mütter des Grundgesetzes folglich sehr recht daran, auch den Föderalismus der „Ewigkeitsklausel" zu unterziehen.

So bitter es für manche klingen mag: die Föderalisierung Deutschlands nach 1945 gelang auch deshalb, weil Preußen von denen verraten wurde, die am 20. Juli 1932 vorgaben, es durch die Reichsunmittelbarkeit zu retten, indem sie es zum eigenen Vorteil zum „Hort der Reaktion" machten. Preußen war mit dem 20. Juli 1932 gestorben, spätestens dann am 20. Juli 1944. Verantwortung für das Ende Preußens tragen also nicht allein und einzig die Alliierten, die diesen Staat durch Alliierten Kontrollratsbeschluss vom 25. Februar 1947 dann rechtlich auflösten. Dieser Akt war nur noch die Entsorgung einer Leiche. Verantwortung für das Ende Preußens trugen diejenigen, die mit dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 gegen die Demokratie putschten, um ein Preußen zu erhalten, das als staatliche Größe innerhalb Deutschlands allein eine historische Überlebenschance gehabt hätte bei Pflege und damit der Bewahrung seiner demokratischen Substanz.

↓ *Reichswehr vor dem Innenministerium in der Wilhelmstraße beim „Preußenschlag" am 20. Juli 1932.*

Oberstleutnant Dr. Peter Popp

Historiker, Stellvertretender Leiter des Bereichs Konzeption und Weiterentwicklung Innere Führung am Zentrum Innere Führung.

Seite 60, Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann
Seite 61, Fotos: picture alliance/akg-images, InfoMstr

Die Zeiten-wende

Von der Einsatzarmee zur Landes- und Bündnisverteidigung

Der Beginn des brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres war mehr als nur ein Weckruf. Er markiert den bisherigen Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits viel früher begann. Die Welt hat sich nicht erst seit diesem Datum dramatisch verändert. Die Vorboten waren unter anderem bereits im zweiten Tschetschenienkrieg (1999 ff.), dem Krieg in Georgien (2008), in der Annexion der Krim und der russischen Unterstützung der Separatisten im Donbass (2014) sowie in der russischen Militärintervention in Syrien seit 2015 erkennbar.

von Rainer L. Glatz

Spätestens seit 2014 wurde endgültig deutlich, dass Russland grundsätzlich bereit war, sich zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele über völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen hinwegzusetzen und, falls aus eigener Lageeinschätzung notwendig und vor dem Hintergrund eigener Risiko-Nutzen-Kalkulation umsetzbar, auch militärische Gewalt einzusetzen.

Das Weißbuch der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 traf dazu bereits die deutliche Feststellung, dass Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage stelle und dies tiefgreifende Folgen auch für die Sicherheit Deutschlands habe.[1]

Als Folge war bereits damals der Beginn der Zerstörung der bis dahin seit 1945 gemeinsam geschaffenen kooperativen Sicherheitsordnung – nicht nur für uns – in Europa erkennbar, die neben anderem auf den folgenden Dokumenten ruhte:

- Der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, Art. 2, Abs. 4,
- der KSZE-Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975,
- der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990,

Der tatsächliche Finanzbedarf dürfte derzeit bei deutlich jenseits von

200

Milliarden Euro liegen.

↑ *Deutsche Kampfpanzer als Teil der enhanced Forward Presence Battlegroup.*

Foto: Bundeswehr/Marco Dorow

- dem Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 und
- der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation vom 27. Mai 1997.

All diese völkerrechtlichen Vereinbarungen, die schon seit 2014 in Frage gestellt worden waren, wurden am 24. Februar dieses Jahres sozusagen über Nacht nahezu bedeutungslos. Stattdessen, da sind sich die meisten politischen Beobachter einig, werden wir künftig – für die nächsten ein bis zwei Dekaden!? – eine stärker konfrontativ ausgerichtete europäische Sicherheitsordnung vor uns haben, die aller Voraussicht nach auf militärischer Abschreckung gründen und zunächst auf die Eindämmung russischer imperialistischer Politikansätze ausgerichtet sein wird.

Dazu stellte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag fest: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen.“[2]

Zusätzlich kündigte er an, per Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro und mit Verteidigungsausgaben von mehr als 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) die Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr und damit die Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Obwohl eine solche Entscheidung eigentlich schon lange überfällig war, scheint sie noch nicht endgültig abgesichert. Denn Diskussionen im politischen Berlin zeigen, dass bezogen auf diese Summe bereits Begehrlichkeiten aus anderen Bereichen geweckt sind, die mit dem harten Kern militärischer Sicherheit und Abschreckung weniger zu tun haben. Daher sollte diesen Bestrebungen politisch ein klares „Halt!“ entgegengesetzt werden.

Zusätzliches Budget

An all dies knüpfen sich eine Reihe von Fragen, die sich auf die Bundeswehr sowie die Auswirkungen auf diese beziehen: Reicht das zusätzliche Geld zum Herstellen der vollen materiellen Einsatzbereitschaft der gesamten Bundeswehr für die Bündnis- und Landesverteidigung aus?

[1] Siehe dazu: Weißbuch 2016, S. 31.

[2] Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022.

↑ *Anfang 1975 wurde von 35 Staaten des West- und Ostblocks die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) in Helsinki unterzeichnet, um sich gemeinsam auf eine europäische Friedensordnung und politische Zusammenarbeit festzulegen. Im Bild: Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatsratsvorsitzender Erich Honecker.*

↑ *Mit der Charta von Paris vom November 1990 vereinbarten 32 europäische Länder sowie die USA und Kanada eine europäische Friedensordnung nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Im Bild: die Präsidenten George W. Bush und Michail Gorbatschow.*

↑ *Im Budapester Memorandum von 1994 verpflichteten sich Russland, die USA und UK, die Grenzen der Ukraine, Kasachstan und Belarus zu achten. Dafür traten sie ihre Atomwaffen aus Sowjetbeständen an Russland ab.*

Dass die Bundeswehr im Vergleich zu anderen Armeen bezogen auf ihre in großen Teilen überalterte Ausstattung nicht auf Rosen gebettet war und ihre Beschaffungsvorhaben chronisch unterfinanziert waren, ist seit längerer Zeit allen politischen Entscheidungsträgern bekannt. Im Jahr 2018 berechnete das Verteidigungsministerium, „wie groß der Finanzbedarf für eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr tatsächlich ist: Mindestens 200 Milliarden Euro. Davon allein 130 Milliarden Euro für neue Kampfpanzer und Schiffe. Weitere 70 Milliarden Euro kämen hinzu, wenn Luftwaffe und Marine ihre jeweiligen Flotten modernisieren würden."[3] D.h., der tatsächliche Finanzbedarf dürfte damit derzeit bei deutlich jenseits der 200 Milliarden Euro liegen. Dies sind Fakten, die die militärische Führung heute – bei aller Genugtuung oder Freude über das angekündigte „Sondervermögen" – schonungslos deutlich auf den Tisch legen muss. Denn da die Summe zusätzlichen Geldes zumindest kurz- und mittelfristig objektiv nicht ausreicht, gilt es eine kluge Balance zwischen dem erforderlichen zeitnahen Füllen hohler Strukturen einerseits und notwendigen Neuanschaffungen andererseits zu finden. Das Füllen hohler Strukturen ist unabdingbar erforderlich. Zum einen, um die materielle Einsatzbereitschaft wieder herzustellen, zum zweiten, um die erforderliche Ausbildung zur Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft zu gewährleisten, und zum dritten, um die berechtigte Erwartungshaltung der Truppe zu befriedigen und somit einen Beitrag dazu zu leisten, dass das angeschlagene Vertrauen in die militärische und politische Führung wieder gestärkt wird.

Beschaffung verbessern

Kann die derzeitige Beschaffungsorganisation der Bundeswehr das „Sondervermögen" schnell und gezielt in eine volle materielle Einsatzbereitschaft für die Bündnis- und Landesverteidigung umsetzen?

Dazu müssen ebenso schonungslos die bisherigen Probleme in der Beschaffungsorganisation der Bundeswehr auf den Tisch, damit die Wirkung des „Sondervermögens" nicht „verpufft". Es ist im Vergleich nicht länger hinnehmbar, dass scheinbar „effizientere Abläufe im Einkauf in anderen europäischen NATO-Ländern dazu geführt haben, dass ihre Armeen mehr in die Ausrüstung ihrer Soldaten investieren konnten als die Bundeswehr."[4] Es sollte noch einmal völlig unvoreingenommen untersucht werden, ob eine moderne Beschaffungsorganisation, die sich an Vorbildern aus Wirtschaft und Industrie orientiert, nicht doch besser Abhilfe schaffen könnte.

Einsatzbereitschaft stärken

Wird die derzeitige Bundeswehrstruktur den Erfordernissen einer vollen Einsatzbereitschaft für die Bündnis- und Landesverteidigung gerecht?

Daneben muss aber auch zwingend die heutige Struktur der bisher kleinsten Bundeswehr mit der höchsten Anzahl an Stäben, die insgesamt zu kopflastig ist und zu viele Schnittstellen beinhaltet und die damit die eindeutige Zuordnung und Wahrnehmung von Verantwortung erschwert, einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Untersuchungen dazu und entsprechende Vorschläge lagen seit einiger Zeit – auch im Verteidigungsministerium – auf dem Tisch.[5] Außerdem wurde im Koalitionsvertrag der jetzigen Regierung vereinbart: Die Strukturen der Bundeswehr müssen effektiver

[3] Ulrich Friese, Niklas Záboji, Oliver Schlömer, Schneller schlau, Welche Probleme die Bundeswehr hat, 19. April 2022, in: faz.net, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schneller-schlau/bundeswehr-probleme-in-daten-waffen-einkauf-braucht-eine-reform-17953804.html.

[4] Ebenda.

↑ *Ende Mai 1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte und die Partnerschaft für den Frieden zwischen der NATO und der Russischen Föderation unterzeichnet. Im Bild: die Präsidenten Bill Clinton, Boris Jelzin und François Mitterand.*

↑ *Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz zur Zeitenwende der Weltfriedensordnung im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022.*

und effizienter gestaltet werden mit dem Ziel, die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Dazu unterziehen wir Personal, Material und Finanzen einer kritischen Bestandsaufnahme. Daraufhin hatte die neu ins Amt gekommene Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erneut eine grundlegende Bestandsaufnahme von Bundeswehrstruktur und Einsatzbereitschaft, einschließlich eines Vorschlages zum weiteren Vorgehen, bis zum Juni 2022 angeordnet. Da in diesem Gesamtzusammenhang nach der Arbeit einer Vielzahl von Kommissionen und Workshops der letzten Jahre bezüglich der derzeitigen Strukturdefizite kein Erkenntnisproblem, sondern eher ein Umsetzungsproblem besteht, ist zu hoffen, dass jetzt endlich gehandelt wird. Die Truppe, die immer wieder Bestandsaufnahmen, Schlussfolgerungen, aber nur wenig Fortschritte erlebte, erwartet dies nun auch zu Recht.

Bündnis- und Landesverteidigung als Ziel

Umfasst die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft für die Bündnis- und Landesverteidigung mehr als nur die Beschaffung von Material und Ausrüstung?

Diese Frage ist eindeutig mit ja zu beantworten. Dazu ist aber zunächst einmal eine stringente Kommunikationsstrategie erforderlich, da der notwendige Wandel alle Bundeswehrangehörigen – zivil und militärisch – betreffen wird. Dabei ist deutlich herauszustellen, dass es um das Wiederherstellen der vollen Einsatzbereitschaft für die Bündnis- und Landesverteidigung geht. Denn es ist ja nicht so, dass die Angehörigen nicht einsatzbereit wären oder bisher in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Aufträge keine Einsatzbereitschaft gezeigt hätten. Im Gegenteil! Sie haben sich trotz einer bereits seit Jahren anhaltenden Überdehnung der verfügbaren Kräfte durch hohe Motivation, sehr gute Fachlichkeit und überdurchschnittliche Leistungen sowohl national als auch international große Anerkennung erworben.

Die erforderlichen Ergänzungen in der Ausbildung werden sowohl das berufliche / soldatische Selbstverständnis als auch ein den neuen Realitäten gerecht werdendes dynamisches Mindset umfassen müssen. Zusätzlich werden Führen, Ausbilden und Erziehen (im Sinne von Charakterbildung und Prägung) und alle anderen Handlungsfelder der Inneren Führung Hochkonjunktur haben. Dabei muss deutlich werden, dass alle Maßnahmen des Konzeptes der Inneren Führung insgesamt letztendlich auf das Herstellen der Einsatzbereitschaft ausgerichtet sind.

Insofern berührt die Zeitenwende die Grundfesten der Bundeswehr.

Diesen Artikel können Sie online nachhören.

Generalleutnant a.D. Rainer L. Glatz

ist ehemaliger Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Sprecher des Beirats für Fragen der Inneren Führung.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

[5] Vgl. dazu u.a.: Hans-Peter Bartels, Rainer Glatz, Welche Reform die Bundeswehr heute braucht – Ein Denkanstoß, SWP-Aktuell 2020/A 84, 30.10.2020, 8 Seiten.

Seite 64, Fotos: picture alliance/ZB/Horst Sturm, imago images/imago stock&people/ITAR-TASS, imago images/AGENCY R/Aleksander V.Chernykh
Seite 65, Fotos: Getty Images/Sygma/Langevin Jacques, imago images/Future Image/Frederic Kern, privat

Auch die Zivile Verteidigung muss umdenken

von Dirk Freudenberg

Zivile Verteidigung und der Zivilschutz spielten lange Zeit auf allen Ebenen, also von den Kommunalverwaltungen bis zur Bundesregierung, keine Rolle. 1989 gab es die erste und bis dahin einzige Rahmenrichtlinie für die Gesamtverteidigung.

Die gilt grundsätzlich bis heute. Man hat im Zuge des Einstreichens der sogenannten Friedensdividende teils radikal Strukturen und Einrichtungen der Zivilen Verteidigung abgebaut. Schutzräume wurden in den 1990 er Jahren weithin ab- oder zurückgebaut. Das gilt auch für den Regierungsbunker, der heute ein Museum beherbergt. Das Innenministerium hat kürzlich mitgeteilt, dass es noch etwa 600 Schutzräume gibt, die in öffentlicher Hand sind. Das sind etwa Tunnelanlagen, die man schnell zu Schutzräumen umfunktionieren kann. Das fällt uns jetzt auf die Füße. Aufgewacht sind wir aber erst 2014 durch die Ereignisse auf der Krim in der Ukraine. Danach hat sich die Situation ganz neu dargestellt. Es ist natürlich wichtig, aus aktuellen Lagen wie der jetzigen in der Ukraine künftige Bedrohungen zu antizipieren und daraus auch legislative Maßnahmen abzuleiten. Lücken wird es aber immer geben, auch weil man ganz bewusst darauf verzichtet hat, einen Ausnahmezustand vergleichbar dem Art. 48 Weimarer Reichsverfassung (WRV) in das Grundgesetz aufzunehmen. Wichtig scheint mir noch, dass wir im Sinne eines 360°-Rundumblicks bzw. Allgefahren-Ansatzes unseren Sicherheitsbegriff erweitern, wie es die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) schon Anfang der 1990er Jahre getan hat, und auch ökologische Krisen wie den Klimawandel, demographische Krisen, Migrationsereignisse oder Bürgerkriege als Szenarien verstehen, um die Instrumente des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe aktivieren können.

Richtungswechsel im Bevölkerungsschutz

von Gerda Hasselfeldt

Der Krieg in der Ukraine macht nicht nur eine Neuorientierung der gesamten deutschen und europäischen Sicherheitspolitik notwendig. Er zeigt auch, dass der Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland stark vernachlässigt wurde und neu aufgestellt werden muss. Diese Aufgabe zeichnet sich jedoch nicht erst jetzt ab. Zur Erinnerung: In der Flüchtlingskrise 2015 fehlten Feldbetten und Zelte für Notunterkünfte. Zu Beginn der Corona-Pandemie 2020 mangelte es dann überall an Masken und medizinischer Schutzausrüstung. Jetzt im Ukraine-Krieg zeigen sich erneut Defizite, wenn es zum Beispiel darum geht, kurzfristig für eine große Anzahl von Personen Notunterkünfte bereitzustellen, sie mit Hygieneartikeln, Lebensmitteln und auch medizinisch zu versorgen. Wie konnte es dazu kommen? Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden in den 90er Jahren nicht nur die Verteidigungsausgaben deutlich zurückgefahren, sondern auch die Finanzmittel für den Zivilschutz. Dies geschah – darauf muss man ehrlicherweise hinweisen – im Einklang mit allen gesellschaftlichen Kräften, auch mit den anerkannten Hilfsorganisationen. Vorratslager

wurden aufgelöst, die Katastrophenvorsorge deutlich abgebaut. Die sogenannte Friedensdividende kam anderen Bereichen der Gesellschaft zugute.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sah allerdings schon als Konsequenz aus der Flüchtlingsbewegung der Jahre 2015 und 2016 Handlungsbedarf für eine Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes. Hinzu kommt, dass sich Deutschland im Zuge des Klimawandels verstärkt auf Extremwetterereignisse wie das jüngste Hochwasser einstellen muss. Deshalb haben wir gemeinsam mit den anderen anerkannten Hilfsorganisationen bereits vor vier Jahren ein Konzept für einen Ausbau des Bevölkerungsschutzes entwickelt. Es sieht vor, dass eine nationale Zivilschutzreserve des Bundes aufgebaut wird und bundesweit mindestens zehn mobile Betreuungsmodule eingerichtet werden. In jedem Modul können bis zu 5.000 Personen in einem Zeitraum von bis zu einem Jahr untergebracht und versorgt werden. Das erste dieser Module, das Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“, wird unter Federführung des DRK für 29 Millionen Euro zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe derzeit in Brandenburg aufgestellt. Es war in den vergangenen Jahren viel Überzeugungsarbeit notwendig, damit die Parlamentarier des Deutschen Bundestages wenigstens die dafür nötigen Mittel im Bundeshaushalt bewilligten. Mit Material aus diesem Pilotprojekt, ergänzt durch die Bundesvorhaltung des DRK, wurden erst kürzlich auf dem Rollfeld des früheren Flughafens Berlin-Tegel im Auftrag des Bundes und des Landes Berlin Notunterkünfte für rund 1000 Ukrainerinnen und Ukrainer bereitgestellt.

Für ein zweites Modul dieser Art gibt es eine teilweise Finanzzusage des Bundes. Auch für die übrigen acht Projekte dieser Bundesvorhaltung brauchen die anerkannten Hilfsorganisationen in Deutschland jetzt dringend die Finanzmittel des Bundes.

Keine Frage: Bevölkerungsschutz kostet Geld. Die bisher im Haushalt des Bundesinnenministeriums vorgesehenen 700 Millionen Euro pro Jahr reichen nicht aus, um auf nationaler Ebene einen nachhaltigen Bevölkerungsschutz sicherzustellen, der ja auch ein wesentlicher Bestandteil der zivilen Verteidigung ist. Genauso, wie die Bundesregierung jetzt die militärische Verteidigung mit ganz erheblichen Investitionen ausbauen will, müssen wir nun auch den Zivilschutz stärken. Deshalb ist eine dauerhafte Anhebung der jährlichen Bundesmittel auf zwei Milliarden Euro jährlich oder umgerechnet 0,5 Prozent des Bundeshaushaltes – derzeit sind es 0,14 Prozent – notwendig. Der Ukraine-Krieg hat deutlich gemacht, dass eine Zeitenwende auch im Bevölkerungsschutz überfällig ist. Denn eines ist sicher: Die nächste Krise – ob Pandemie, Hochwasser, Trockenperiode oder Cyberangriff – ist nur eine Frage der Zeit.

Ausgaben für den Richtungswechsel im Zivilschutz

Anteil am Gesamthaushalt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

98,6 % Sonstige Behörden

1,4 % Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Anteil am Gesamthaushalt des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

3,04 % Wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen

1,58 % Ausbildung der Bevölkerung in Selbsthilfemaßnahmen

0,36 % Bewirtschaftung und Unterhaltung von öffentlichen Schutzräumen

0,12 % Vorbereitung und Durchführung der länderübergreifenden Krisenmanagementübung

0,03 % Internationale Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz

0,02 % Förderung des Selbstschutzes

94,9 % Sonstige Ausgaben

Quelle: www.bundeshaushalt.de

Dr. Dr. Dirk Freudenberg

ist Dozent für Sicherheitspolitik, Krisenmanagement und Strategische Führungsausbildung an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung im BBK.

Gerda Hasselfeldt

ist ehemalige Bundesministerin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Seit 2017 ist sie die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes.

In diesem Artikel geben die Autorin und der Autor ihre persönliche Auffassung wieder.

Seite 67, Fotos: privat, DRK/Henning Schacht; Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann

Buch- und Kulturtipps

Wer schweigt, stimmt zu

Ulrike Guérot
Verlag Westend
140 Seiten
ISBN: 978-3-86489-359-9
Preis: 16,00 €

Ulrike Guérot schreibt über das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Und sie warnt vor der Ausgrenzung von denen, die eine von der gängigen Meinung abweichende Sicht vertreten.“ Die Professorin für Politikwissenschaften warnt vor zu viel Einfluss des Staates. Sie beschreibt die staatlichen Maßnahmen in der Corona-Pandemie und fragt, warum Gerichte und die Opposition so zaghaft gegen diese Maßnahmen protestieren. Die Art und Weise wie sie dies tut, versöhnt aber nicht, sondern trägt zu einem weiteren Auseinandertriften der unterschiedlichen Meinungen bei. Die Autorin hinterfragt die Floskeln der heutigen Linken und stellt sie teilweise bloß. Nicht alles in diesem Buch ist nachvollziehbar und richtig. Aber es liefert eine Diskussionsgrundlage. (aw)

Afghanistan – Unbesiegter Verlierer

Was bedeutet die Rückkehr der Taliban für die afghanische Bevölkerung? Welcher Zukunft sehen die Frauen des Landes entgegen? 100 Tage nach der Machtübernahme reist Natalie Amiri nach Afghanistan. Mit ihrem Buch „Afghanistan – Unbesiegter Verlierer“ verleiht sie Afghaninnen und Afghanen in 20 Kapiteln und einigen eindrucksvollen schwarz-weiß Bildern eine Stimme. Das Buch ist, wie die Autorin in ihrem Vorwort schreibt, eine Momentaufnahme. Amiri gibt Afghaninnen und Afghanen die Möglichkeit, detailliert die persönliche Situation zu schildern. Anonym, ohne die Angst, ihr Leben zu riskieren. Amiri geht auf die geopolitische Lage und die Motivation der Amerikaner ein, sich in Afghanistan zu engagieren und das Land abrupt wieder sich selbst zu überlassen. Teils ist es ein düsteres Bild, das sie beschreibt. So entsteht ein viel umfassenderes Bild von Afghanistan als es die Medien zeichnen. „Afghanistan-Unbesiegter Verlierer“ ist ein Buch, das jeder, der das Land und die derzeitige Situation verstehen will, auf seine Leseliste setzen sollte. (aw)

Natalie Amiri
Verlag. Aufbau-Verlag
255 Seiten
ISBN: 978-3-351-03963-9
Preis: 22,00 €

Philosophie und Geschlechterdifferenz Auf dem Weg eines genealogischen Geschlechterdiskurses

Andrea Günter
Verlag Barbara Budrich
274 Seiten
ISBN: 978-3-8474-2589-2
Preis: 29,90 €

Die Autorin untersucht Geschlechterdiskurse in der Philosophiegeschichte von der Antike bis in die Moderne, macht in neun Kapiteln die zugrundeliegenden Konzepte sichtbar und zeigt darin Kontinuitäten und Brüche auf. Um sich in den seit mehr als 2500 Jahre lang umkämpften Geschlechterkonzepten zu orientieren, sollte man zentrale Stationen der Traditionen kennen, so Autorin Günter. In der Herleitung geht sie auf drei Kategorisierungen ein: Auf Simone de Beauvoirs „sexuelle Differenzierung“, auf Hannah Arendts Begrifflichkeit der „Existenz“ und „Pluralität“ und die Kritik von Geschlechterkonzepten, die entlang des Begriffskomplexes „Überordnung, Unterordnung und Gleichheit“ vorgebracht wurde. Letzterer wird anhand des Romans „Überredung“ von Jane Austen untersucht. Entsprechend muss die patriarchale Struktur implodieren. Spannend und sehr wissenschaftlich. (rhl)

ZEITENBRUCH – Klimawandel und die Neuausrichtung der Weltpolitik

Joschka Fischer beschreibt den Zusammenhang von Klimaerwärmung und Politik. Seiner Auffassung nach sind die Nationalstaaten unfähig, auf die planetaren Herausforderungen angemessen zu reagieren. Dabei führt er gängige Aussagen der letzten Jahrzehnte auf, behält sich angemessene Lösungsstrategien aber vor. Die erwünschten, aber bisher ausgebliebenen Veränderungen seitens der Politik begründet er mit den gegenwärtigen Machtstrukturen und der Unfähigkeit zur Zusammenarbeit miteinander. Er stellt Menschen als Gewohnheitstiere dar, die auch nach großen Umbruchszeiten wie denen der Pandemie oder der digitalen Revolution nicht im Stande sind, ihr Verhalten zu ändern. Daher kann es seiner Meinung nach nicht zu einem gemeinsamen Kampf gegen die planetarischen Bedrohungen kommen, so lange die Nationen jeweils für sich und nicht gemeinsam als Weltgemeinschaft handeln.

Joschka Fischer
kiwi-Verlag
144 Seiten
ISBN: 978-3-967-76031-6
Preis: 16,00 €

Wer sich mit diesem Thema befassen möchte, erfährt hier keine neuen Erkenntnisse oder Lösungsüberlegungen. Wer aber an der Sichtweise eines ehemaligen Außenpolitikers zum Thema Klimaerwärmung und politischem Handeln interessiert ist, kann hier zugreifen. (hlz)

„Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch" – Wie globale Krisen gelöst werden können

Immer noch dominieren alte, weiße, westliche Männer die Politik sowie Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen. Dadurch werden die Bedürfnisse von Frauen und Minderheiten permanent ignoriert. Die Welt ist voller Kriege, Krisen und Unrecht, so die Autorin, Politikwissenschaftlerin und Aktivistin Kristina Lau in ihrem Buch „Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch – Wie globale Krisen gelöst werden können". Die Autorin führt die Leserinnen und Leser an Beispielen durch ihre Thesen. Es ist eine kühne Vision, wie die ehemalige schwedische Außenministerin Margot Wallström in ihrem Vorwort schreibt. Kristina Lunz hinterfragt den Status Quo der derzeitigen Außenpolitik und erforscht Herausforderungen. Sie geht von den Anfängen einer feministischen Außenpolitik 1915 in Den Haag in die Neuzeit zum UN-Sicherheitsrat. Sie geht in ihrem Buch auf die Möglichkeiten ein, einen Paradigmenwechsel einzuleiten, beschreibt die Rolle der Frauen in Friedensverhandlungen und skizziert die Eckpunkte eines feministischen Völkerrechts. Das Buch ist nicht leicht zu lesen, aber der Inhalt eine wichtige Sichtweise auf und vielleicht auch Handlungsanweisung für eine neue Außenpolitik. (aw)

Kristina Lunz
Econ-Verlag
448 Seiten
ISBN: 978-3-430-21053-9
Preis: 22,99 €

Die kleine Geschichte der Ukraine

Andreas Kappeler
C.H. Beck
431 Seiten
ISBN: 978-3-406-73558-5
Preis: 17,95 €

Um es vorweg zu nehmen: „Die kleine Geschichte der Ukraine“ des Autors Andreas Kappeler ist definitiv nicht klein. Kappeler beschreibt die Geschichte der Ukraine vom Mittelalter bis in die Gegenwart, die in der fünften Auflage des Buches mit der Annexion der Krim 2014 endet. Eine weitere Auflage, die dann auch den Ukraine-Krieg einschließen soll, ist für Ende 2022 geplant. In seinem Buch beschreibt Andreas Kappeler auch Geschichten von Menschen in diesem „ukrainischen Raum“ – also auch von Polen, Russen, Deutschen, Juden Belarussen, Rumänen. Der Autor geht in seinen Beschreibungen auch auf die Kontroversen des Landes ein, indem er die wechselnden Herrschaften und die Deutungskämpfe um die Zugehörigkeit des Landes darstellt. Ein großes Kapitel nimmt das Leid der Ukrainer ein. Zwischen 1939 und 1944 starben auf dem Gebiet der Ukraine ca. 12 bis 14 Millionen Menschen. Die kleine Geschichte der Ukraine ist für Menschen, die sich umfassend über dieses europäische Land informieren wollen, fast schon ein Muss. (aw)

Gesichter des Lebens

Ein Fotoprojekt von Daniela Skrzypczak

Die Fotografin Daniela Skrzypczak zeigt in ihrem Projekt „Gesichter des Lebens“ Schwarzweiß-Portraits von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die in Auslandseinsätzen entweder mental oder physisch versehrt wurden. Der Betrachter nimmt die besondere Lebenserfahrung der Veteranen wahr: sie sind verwundet. Gleichzeitig zeigen die Veteranen aber auch eine

Seite 70: Foto: demipress/Daniela Skrzypczak
Seite 71: Foto: demipress/Daniela Skrzypczak

ungewöhnliche Stärke. Die Fotos von ihrer Teilnahme an den Invictus Games 2022 in Den Haag, einer vom ehemaligen britischen Soldaten Prinz Harry ins Leben gerufenen internationalen paralympischen Sportveranstaltung für kriegsversehrte Soldaten, sind ihr bester Beweis. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, ist Schirmherrin des Fotoprojektes von Daniela Skrzypczak. Unterstützung erhält das Projekt von der „Soldaten und Veteranen Stiftung“ (SVS). Im Herbst erscheint ein 200-seitiger Bildband und eine weitere Ausstellung ist geplant. Im Mai hat bereits eine Ausstellung am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz stattgefunden.

Weiterführende Informationen

Zum Fotoprojekt „Gesichter des Lebens“
→ *https://www.gesichter-des-lebens.de*

Zur Fotografin Daniela Skrzypczak
→ *https://www.demipress.de/*

IMPRESSUM

IF - Zeitschrift für Innere Führung
66. Jahrgang
Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

Herausgeber
Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

Redaktion
Chefredakteurin i.V. und leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl)
Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)
Redakteur: Axel Woile (aw)
Art Direktorin: Dagmar Hentschel
Schlussredaktion: Thomas Flink
Mitwirkende an dieser Ausgabe: Elke Holzer (hlz), Dr. Stefanie Kullick (skl)

Redaktionsanschrift
IF - Zeitschrift für Innere Führung
Zentrum Innere Führung, Abteilung Im Dialog
Von-Witzleben-Straße 17, 56076 Koblenz
Telefon 0261 - 579420 - 5571
E-Mail: ZInFueImDialogIF@bundeswehr.org
Homepage: www.innerefuehrung.de

Bildredaktion
Redaktion der Bundeswehr, Andrea Bienert, Nicole Czerwinski

Lektorat
ORCA Affairs GmbH

Layout & Design
IDEENHAUS GmbH MARKEN.WERT.STIL
Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg
Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes, Michael Zimmermann

Vertrieb
Streitkräfteamt (SKA) Mediendisposition
SKAMediendisposition@bundeswehr.org

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Auflage: 20.000

Hinweis
Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträger. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Zeitschrift durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF bzw. zusätzliche Exemplare beziehen möchten, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.

Redaktionsschluss:
14. Juni 2022

Der russische Angriff auf die Ukraine hat den europäischen Blickwinkel auf Afrika verändert. Bundeskanzler Olaf Scholz besuchte Ende Mai 2022 Südafrika, Senegal und Niger. Alle drei Staaten sind Demokratien. Die weltweite Stärkung von Demokratien soll ein Schwerpunkt der diesjährigen deutschen G7-Präsidentschaft werden. Zudem hat der Senegal den Vorsitz in der Afrikanischen Union (AU) inne und Südafrika ist das wichtigste deutsche Partnerland südlich der Sahara.

Hier ist der Bundeskanzler bei den rund 200 Bundeswehrsoldaten im Niger zu sehen, die im Rahmen der Mission „Gazelle“ nigrische Spezialkräfte für den Kampf gegen den islamistischen Terror in der Sahelzone ausbilden.

Foto: picture alliance/dpa/Michael Kappeler

Altonaer Blutsonntag

Am 17. Juli 1932 kommt es im damals preußischen Altona bei Hamburg zu einer Schießerei zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und der Polizei. Dabei sterben 18 Menschen.

Der Schusswechsel ist der blutige Höhepunkt einer Gewaltwelle. Sie lässt den Reichstagswahlkampf 1932 zu einem der brutalsten in der Geschichte der Weimarer Republik werden. Reichskanzler Franz von Papen hat am 28. Juni 1932 das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) aufgehoben. Danach nehmen die Kämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten erheblich zu. Beinahe 100 Menschen sterben im Juli 1932 bei politischen Auseinandersetzungen und 1.125 werden verletzt. Täglich kommt es zu gewaltsamen Kämpfen zwischen den politischen Gegnern, Massenarbeitslosigkeit und soziale Not verursachen bürgerkriegsähnliche Zustände. Besonders brutal verlaufen die Sonntage, an denen sich Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes (RFB) und der SA in ihren jeweiligen Stammlokalen treffen. SA und RFB, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Stahlhelm sind paramilitärische Verbände. Sie beherrschen die Straße und zählen Millionen von Mitgliedern aller sozialer Schichten.

Beinahe 100 sterben im Juli 1932 bei politischen Auseinandersetzungen und 1.125 werden verletzt.

Mit Ausnahme des Reichsbanners entwickeln sich alle zu politischen Kampfbünden gegen Demokratie und Republik. Staatstragend im Sinne der republikanischen Verfassung von Weimar ist nur das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Alle anderen Wehrverbände bekämpfen die parlamentarische Demokratie: als das „verhasste System der Novemberverbrecher“ (SA, Stahlhelm) oder als kapitalistisch-faschistisch (RFB). Alle Verbände sind uniformiert. Die Organisation der Verbände entspricht dem Vorbild der Reichswehr: es gibt Führer und Abteilungen, ein ähnliches oder identisches Kommandoreglement. Die militärischen Formen werden von den Verbänden bewusst als Mittel der Massenagitation eingesetzt. Die Wehrverbände gehörten zum Alltag des politischen Lebens in der ersten deutschen Republik. Gewalt wurde von ihnen als legitimes Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung akzeptiert und angewandt. Die Regierungen des Reiches und der Länder konnten in der Endphase der Republik diese Gewalt nicht mehr eindämmen. Bei einem erneuten Versuch verbietet der preußische Regierungspräsident in Holstein, Waldemar Abegg, für den 17. Juli 1932 fast alle politischen Aufmärsche mit Ausnahme eines Werbemarsches der NSDAP durch die „rote Hochburg“ Altona. Kommunisten wollen die von ihnen als Provokation empfundene Demonstration durch das lokal „Klein Moskau“ genannte Viertel Altonas verhindern.

Altonaer Nachrichten

Täglich garantiert unerreicht höchste Auflage am Platz

Vierfache Hinrichtung in Altona

Das Urteil gegen die Verurteilten des Blutsonntag-Prozesses heute morgen vollstreckt

August Lütgens Walter Möller Karl Wolff Bruno Tesch

↑ *Eine Gedenktafel steht in einem Hinterhof im Stadtteil Altona in Hamburg. (l-r) August Lütgens, Walter Möller, Karl Wolff und Bruno Tesch. Die vier Männer wurden am 1. August 1933 in Altona mit dem Handbeil geköpft – es waren die ersten politischen Hinrichtungen im Dritten Reich.*

Nachdem Schüsse fallen, eröffnet die Polizei das Feuer. Von den 18 Toten sind die meisten unbeteiligte Zivilisten, die durch Polizeikugeln getötet werden. Der sogenannte Altonaer Blutsonntag bietet Reichskanzler von Papen den willkommenen Anlass zum „Preußenschlag“ (siehe Beitrag auf Seite 54 dieser Ausgabe). Am 20. Juli 1932 setzt er per Notverordnung die seit dem 24. April 1932 ohne parlamentarische Mehrheit geschäftsführende preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun ab und lässt sich zum Reichskommissar in Preußen ernennen. (ub)

Foto: picture alliance/dpa/Jens Ressing

AUSSTELLUNG | EXHIBITION

FLIEGEN IM GRENZBEREICH

05.05.—
30.10.22

ÜBER SPIONAGE, FLUCHTEN UND IRRFLÜGE IM KALTEN KRIEG

FLIGHTS AT THE EDGE. ESPIONAGE, ESCAPES AND ERRANT FLIGHTS DURING THE COLD WAR

MHM-GATOW.DE

MILITÄR HISTORISCHES MUSEUM
Flugplatz Berlin-Gatow

Fotoaufklärer Percival C(PR) I Pembroke der RAF Germany Communications Squadron (ab 1969 No 60 Squadron) | Foto: Peter Sicklinger

YNSIDE

ynside.extranet-bw.de

EXKLUSIVE INFORMATIONEN AUCH UNTERWEGS!

BUNDESWEHR